Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Geschichte

Band: 68 (2018)

Heft: 2

Buchbesprechung: Rezensionen = Recensions = Recensioni

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rezensionen / Recensions / Recensioni

Dieter Büker, **Konzeption und Konstruktion des Klosterplans von St. Gallen im karolingischen Reichenauer Skriptorium,** Dortmund: Online-Publikation einsehbar unter http://hdl.handle.net/2003/35995, 2017, 625 Seiten.

Die hier anzuzeigende Arbeit wurde 2016 als Dissertation an der Technischen Universität Dortmund angenommen. Ihr Verfasser ist nicht nur Historiker, sondern auch Diplomingenieur.

Seine Arbeit hat er in vier Teile gegliedert. Der erste Teil stellt den St. Galler Klosterplan vor und bietet eine Zusammenfassung der bisherigen Forschungsergebnisse. Dieser Forschungsüberblick bietet zwar eine Fülle an Informationen, doch ist er etwas sprunghaft, weil die einzelnen Argumentationsstränge, die sich in der Auseinandersetzung mit dem Klosterplan entwickelten, nicht chronologisch behandelt werden. Das erschwert es dem Leser, sich im Dickicht der Klosterplanforschung zurechtzufinden. Es gelingt dem Autor jedoch, ein Bild davon zu vermitteln, wie viele völlig ungesicherte Behauptungen in der Diskussion um Entstehung und Funktion des Klosterplans eine Rolle spielen.

Der zweite Teil soll den Klosterplan in die kulturelle und gesellschaftlich-politische Situation einbetten sowie die Entwicklung der Geometrie und der Architektur in einem historischen Überblick von den Anfängen bis zur Zeit der Karolinger nachzeichnen. Dieser Teil enthält lange Exkurse über Griechenland und Rom statt das in Europa zur Zeit der Karolinger verfügbare Wissen zu überprüfen beziehungsweise die Frage zu stellen, was wann in welchen Bibliotheken greifbar war. Büker geht dieser Frage nur vereinzelt nach, so etwa im Hinblick auf Vitruv. Hier weist er darauf hin, dass Vitruv in der Bibliothek von St. Gallen im früheren 9. Jahrhundert vermutlich nicht vorhanden war, wohl aber auf der Reichenau (S. 117). Später erklärt er dann jedoch (S. 201): «Inhalte antiker Schriften, etwa des Euklid, Vitruv oder des Archimedes, waren den Klosterplanherstellern nachweislich nicht zugänglich.» Den Nachweis führt Büker allerdings nicht. Ausserdem beruhen seine Ausführungen in diesem Teil des Buches zumeist nicht auf eigenen Quellenstudien, sondern auf zum Teil veralteter Literatur. Aussagen wie die Folgende (S. 69):

> Hätten die Römer des Imperiums die grundlegenden wissenschaftlichen Kenntnisse genauso stark fortentwickelt wie die primär pragmatisch-anwendungstechnischen, die sich in ihren Wasser-, Architektur- und Wegebauten, in ihren verwaltungs- und gesetzgeberischen Leistungen, in den agrimensorischen, kriegerischen und sonstigen überragenden Erfolgen niedergeschlagen haben, dann hätte es im 9. Jhdt. keiner karolingischen Bildungsoffensive bedurft, um an verlorenes oder verkümmertes Wissen anzuknüpfen oder es wiederzuerlangen

zeigen ein sehr eigenwilliges Verständnis von Geschichte und blenden die Veränderungen der politischen Konstellationen und Gesellschaften völlig aus. Letztlich bringt dieser Abschnitt nichts Relevantes für die Beurteilung des St. Galler Klosterplans.

Im dritten Teil geht es um die genaue Untersuchung des Klosterplans, die Büker allerdings nicht am Original, sondern an zwei digitalen Scans durchführte, da das Original für diese Untersuchungen nicht zu Verfügung stand. Büker weist in einem komplizierten Verfahren nach, dass sich auf dem ganzen Plan zahlreiche winzige Punkte befinden, die mit einer Zirkelspitze oder einem Stichel in die Pergamentoberfläche eingestochene Markierungen darstellen. Dazu hat er die entsprechenden Stellen mit einem speziellen Programm auf dem Computer kopiert, vergrössert, und dann farblich mit den programminternen Werkzeugen so verändert, dass das Bild eines solchen winzigen Einstichs möglichst deutlich sichtbar wurde und verifiziert oder verworfen werden konnte. Diese Einstichlöcher sind entweder linear hintereinander oder untereinander in oft orthogonalen Systemen aufgebracht oder zirkular. Das geometrische Zusammenwirken dieser optisch markierten Kreise mit ebenso erstellten geraden Linien ermöglichte es den Klosterplanzeichnern, jede beliebige architektonische Form darzustellen. Die Zeichnung der einzelnen Gebäude, Gärten, Ställe und so weiter erfolgte durch geometrische Entwicklung einer Figur aus der oder den vorhergehenden anderen. Offenbar erfolgten die Zeichnungen auf den fünf Pergamentblättern, aus denen der Klosterplan zusammengesetzt ist, bevor diese zusammengenäht wurden. Damit scheint zum ersten Mal das Konstruktionsprinzip des St. Galler Klosterplans erschlossen zu sein. Eine Überprüfung der Ergebnisse war dem Rezensenten allerdings nicht möglich, da er nicht über die nötigen digitalen Kopien und das entsprechende Computerprogramm verfügt. Büker zieht aufgrund seiner Studien folgendes Fazit (S. 532): «Der Klosterplan kann als wohldurchdachte Studie eines Lage- und Konzeptionsplans, vielleicht auch Organisationsschemas angesehen werden, der wahrscheinlich in einem gewissen Umfang unabhängig von Realisierungsabsichten erstellt worden sein mag.» Im vierten Teil schliesslich verfolgt Büker das Konstruktionsprinzip weiter und geht davon aus, dass den Konstruktionen auf dem Klosterplan die heilige Zahl Sieben zugrunde liegt. Die Länge der Abteikirche sei auf einem Faksimile zu 643–644 mm ermittelt worden. Diese Grösse entspreche in etwa zwei karolingischen Fuss. Dieses Mass durch Sieben dividiert ergebe die Grundlänge als Durchmesser eines Kreises, aus dem sich der Apsiskreisdurchmesser von ~66 mm direkt herleiten lasse. Die Abteikirchenlänge betrage genau sieben identische Kreise von gleichem Durchmesser, aus denen der Apsiskreis und alle weiteren Kreise des Plans ableitbar seien. Büker datiert den Klosterplan schliesslich auf um 830 und bringt ihn in Zusammenhang mit der kurzen Herrschaft Karls des Kahlen in Alemannien (S. 529–531). Diese rein politische Verortung der Datierung scheint mir jedoch nicht überzeugend, vor allem wenn man berücksichtigt, dass der Klosterplan «in einem gewissen Umfang unabhängig von Realisierungsabsichten erstellt worden sein mag», wie Büker selbst schreibt.

Insgesamt hat Dieter Büker ein schwer zu lesendes Buch vorgelegt, dessen historischer Teil kaum überzeugt, dessen praktisch-analytischer Teil jedoch wichtige neue Erkenntnisse bringt, welche die Forschungen zum Klosterplan auf eine neue Basis stellen.

Sebastian Scholz, Zürich

Stefan Frey, **Fromme feste Junker. Neuer Stadtadel im spätmittelalterlichen Zürich,** Zürich: Chronos Verlag, 2017 (Mitteilungen der Antiquarischen Gesellschaft in Zürich, Band 84), 224 Seiten, 104 Abbildungen.

Selten nimmt man wohl eine Dissertation so gerne zur Hand wie Stefan Freys Abhandlung über die neue städtische Oberschicht, die sich in Zürich im Verlauf des 15. Jahrhunderts etablierte. Das Buch als reich bebildert zu beschreiben, wäre eine Untertreibung: Die 104 Abbildungen von Briefen, Urkunden, Rechnungsbüchern, Illustrationen, Skizzen und Gemälden bilden geradezu einen eigenen Anmerkungsapparat, der die Ausführungen Freys eindrücklich untermauert. Die klare Gliederung des Werks und die flüssige, abwechslungsreiche Ausdrucksweise des Autors tun ihr Übriges, die Lektüre zu einem Vergnügen zu machen.

Stefan Frey arbeitet heraus, wie sich in der Zeit zwischen dem Ende des 14. Jahrhunderts und der Reformation in Zürich eine neue städtische Oberschicht herausbildete, die den alten Stadtadel ablöste. In der Einleitung bettet er seine Herangehensweise in die aktuelle Forschung ein: Sowohl die Trennung zwischen Stadt und Adel als auch die Unterscheidung zwischen Adligen und Nichtadligen werde heute nicht mehr dichotomisch konstruiert. Stattdessen müssten verschiedene Grade des Adlig-Seins unterschieden werden. Dazu bedient sich Frey der Kapitaltheorie von Pierre Bourdieu: Nach dem Vorbild von Monique de Saint Martins Studie zum französischen Adel im 20. Jahrhundert verwendet auch Frey die Kategorie des «adligen Kapitals», das man als eine Sonderform von symbolischem Kapital zu verstehen habe.

Um das adlige Kapital in der Zürcher Oberschicht zu analysieren, nimmt Frey Bohrungen in verschiedener Tiefe vor: Für fünf Zürcher Geschlechter zieht er alle verfügbaren Quellen heran, nämlich für die Escher, die Göldli, die Meiss, die Meyer von Knonau und die Schwendt. Weitere Geschlechter erfasst er ebenfalls für den gesamten Zeitraum, allerdings auf schmalerer Quellenbasis. Für einen kurzen Zeitraum um 1500 schliesslich untersucht er die gesamte Zürcher Oberschicht. Dieses Vorgehen ermöglicht es ihm, über die Zürcher Oberschicht als Ganze Aussagen zu treffen, ohne die einzelnen Personen und ihre Geschichten aus den Augen zu verlieren. Allerdings bleibt manchmal unklar, welche Aussagekraft die jeweils zitierten Beispiele für die Gesamtgruppe besitzen.

Im zweiten Kapitel beschreibt Frey, wie die Angehörigen der Zürcher Oberschicht adliges Kapital akkumulierten. Bei jedem Unterpunkt referiert er zunächst kurz die allgemeinen Debatten zum Thema und bindet die Zürcher Geschichte somit in einen grösseren Forschungszusammenhang ein. Die Wechselwirkung zwischen ökonomischem und adligem Kapital wird dabei immer wieder anschaulich herausgearbeitet: So bemühten sich

die Angehörigen der Zürcher Oberschicht insbesondere darum, Burgen zu erwerben, weil diese mehr als andere Besitzungen ihre Eigentümer als adlig auswiesen. Den teuren Unterhalt einer Burg konnten sich allerdings nicht allzu viele Zürcher leisten.

Der Erhebung zum Ritter kam – entgegen manchen Annahmen der Forschung – auch im späten Mittelalter eine immense Bedeutung zu. Ausserdem konnte die Oberschicht ihr adliges Kapital über standesgemässes Wohnen in Türmen, die Pflege einer Erinnerungskultur an die Ahnen und Heiratsverbindungen mit dem Landadel ausbauen und darstellen. Mit dem Konzept des adligen Kapitals kann Frey verschiedene Handlungen der Zürcher Oberschicht sinnvoll und vergleichend interpretieren. Allerdings zeichnet er so ein Bild von extrem strategisch kalkulierenden Akteuren, die jeweils die Handlungsoption wählten, die ihr adliges Kapital am meisten vermehrte.

Das dritte Kapitel wirft die Frage auf, ob die Zürcher Oberschicht lediglich adliges Kapital angesammelt, oder ob sie sich damit auch zum neuen Stadtadel entwickelt habe. Wieder schafft Frey eine gute Orientierung für die Leserin, indem er klare Kriterien herausarbeitet, die im Laufe des Kapitels abgeprüft werden: Als Adel soll die Zürcher Oberschicht bezeichnet werden, wenn sie adliges Selbstverständnis besass, von aussen als Adel wahrgenommen wurde und sich geburtsständisch von anderen Gruppen abschloss. Die Antwort fällt nicht eindeutig aus. Für die Selbstwahrnehmung der Geschlechter steht lediglich eine Quelle, die Genealogie der Göldli, zur Verfügung. Adlige Prärogativen wie die Stifts- und Turnierfähigkeit lassen sich für die Zürcher kaum oder gar nicht belegen. Von den drei Zürcher Korporationen konnte nur die Trinkstube innerhalb der Konstaffel, die Gesellschaft «zum Rüden», als abgeschlossen gelten. Diese «Stübli-Junker» heirateten fast ausschliesslich untereinander und standen hauptsächlich miteinander in anderen sozialen Beziehungen, fungierten etwa als Vormünder, Bürgen oder Geschäftspartner füreinander. Die übrigen Zürcher Junker hingegen wiesen zumindest einige Beziehung zur zünftigen Oberschicht der Stadt auf.

Bei der Lektüre des Kapitels ergibt sich deshalb der Eindruck, dass höchstens die «Stübli-Junker» als neuer Stadtadel gelten konnten, denn für alle anderen Junker lassen sich stets nur wenige Personen nennen, die die Kriterien für das Adlig-Sein erfüllten. In der Zusammenfassung am Schluss des Buches stellt Frey jedoch fest, das dritte Kapitel habe die Frage, ob von einem neuen Stadtadel die Rede sein kann, eindeutig mit ja beantwortet. Hier hätte er wohl noch etwas expliziter argumentieren und abwägen müssen, um darzulegen, dass die unterschiedlichen Belege ein eindeutiges Bild ergeben.

Das vierte Kapitel schliesslich untersucht, ob die städtische Oberschicht ihr adliges Kapital wiederum in ökonomisches und symbolisches Kapital umwandeln konnte. Frey arbeitet überzeugend heraus, dass städtische Ämter, insbesondere militärische Führungspositionen, überproportional oft an Junker aus dem Kleinen Rat vergeben wurden und entsprechend unterproportional oft an die zünftigen Mitglieder des Kleinen Rats. Das fünfte Kapitel fasst die Ergebnisse der Arbeit zusammen, ohne Neues hinzuzufügen. Im

Anhang werden die Genealogien der Zürcher Geschlechter und ihre Heiratskreise aufgelistet, was den Überblick erhöht und den Haupttext enorm entlastet.

Den ganz grossen Bogen schlägt die Arbeit nicht: So bleibt ungeklärt, warum der alte Adel seine Position verlor und woher die neuen Oberschichten das ökonomische und symbolische Kapital erworben hatten, das sie im Laufe des 15. Jahrhunderts in adliges Kapitel konvertierten, warum sie überhaupt adlig werden wollten, und warum sie den Weg dorthin so strategisch kalkulieren konnten. Diesen Anspruch stellt die Studie sich allerdings auch nicht. Sie bietet einen gut lesbaren und gut strukturierten Überblick über die Geschichte der neuen Zürcher Oberschicht. Es gelingt Frey, eine beeindruckende Vielzahl von Quellen in Wort und Bild in seine Argumentation einzuweben und darüber die grossen Linien nicht aus den Augen zu verlieren.

Ulla Kypta, Universität Basel

Geoffrey Parker, **Imprudent King. A new life of Philip II,** New Haven, London: Yale University Press, 2014, 438 Seiten, 45 Abbildungen, 14 Karten und Tabellen.

Keiner anderen monarchischen Gestalt des 16. Jahrhunderts ist in der Geschichtswissenschaft derart viel Aufmerksamkeit zuteilgeworden wie dem spanischen König Philipp II. Dies ist der damaligen herausragenden, weltweit geltenden Machtstellung Spaniens und der langen Herrschaftszeit von 42 Jahren (1556–1598) des Monarchen ebenso geschuldet wie dessen aufsehenerregendem politischen Handeln und der ständigen Kriegsführung mit einer Phase völligen Friedens an allen Fronten von insgesamt nur gerade einem halben Jahr! Die Spannweite der Urteile über ihn reicht von einer unkritischen Idealisierung bis hin zur nicht weniger einseitigen Verdammung als angeblich scheinheiligen Machiavellisten, fanatischen Eiferer und Despoten. Historiker und Historikerinnen verschiedener Nationalität haben sich an seinem Bild in der Geschichte abgearbeitet, besonders sorgfältig elaborierte Biografien stammen aus dem angelsächsischen Raum. Unter den Schülern des bedeutendsten Kenners der spanischen Geschichte zu Beginn der Neuzeit, Sir John H. Elliott, hat sich Geoffrey Parker, Professor an der Ohio State University, mit einer Vielzahl von Studien über das 16. und 17. Jahrhundert sowie mehreren Philipp II. gewidmeten Biografien profiliert. Die erste aus seiner Feder wurde 1978 publiziert. 2010 erschien das mit 1436 Seiten fast fünfmal umfangreichere Werk *Felipe II. La biografía definitiva.* Vier Jahre später legte Parker die stark komprimierte englische Version davon vor.

Was rechtfertigt es, immer wieder neue Fassungen einer Lebensbeschreibung zu veröffentlichen? Im Fall des Sohns von Kaiser Karl V. ist es der Fortschritt der geschichtswissenschaftlichen Erkenntnisse, die neben den britischen und amerikanischen Autoren nun auch vermehrt Geschichtsforschende spanischer Herkunft erzielt haben. Parker wurde aber zudem in seinem Unterfangen, die Summe seiner Beschäftigung mit Philipp II. vorzulegen, durch die vor wenigen Jahren erfolgte Auswertung eines Bestandes von tau-

senden, zuvor unerschlossenen Dokumenten motiviert, die sich im Archiv der Hispanic Society of America in New York befinden.

Das Werk ist in fünf Teile gegliedert. Teil I ist der Jugend und den Lehrjahren Philipps II. gewidmet. Teil II weist ihn als überaus fleissigen, jeden Tag eine grosse Zahl von Dokumenten studierenden Politiker und Verwalter aus (nicht umsonst als «rey papelero» bezeichnet), als gläubigen Katholiken, der alle bedeutenden Ereignisse göttlicher Intervention zuschrieb und einem messianischen Imperialismus anhing. Schliesslich wird er als eifriger Sammler von Kunst, Büchern und Reliquien gezeigt, nicht zuletzt als Erbauer eindrücklicher Monumente, idealtypisch unter ihnen der Escorial, Palast, Kloster und Mausoleum zugleich. Teil III behandelt das erste Jahrzehnt der Herrschaft Philipps II., Teil IV. den «siegreichen» und Teil V den «besiegten» König. Inhaltlich den grössten Raum beansprucht der die Jahre 1568 bis 1585 betreffende Teil IV. 1568 markiert den Tiefpunkt des Regnums, mit den Tragödien um den Tod sowohl des Kronprinzen Don Carlos als auch der Königin Elisabeth von Valois, des Weiteren mit der Internationalisierung des Aufstands der Niederlande und der Rebellion der Morisken in Granada. Dann aber ist 1571 der gewaltige Erfolg des Sieges in der Seeschlacht von Lepanto gegen die Türken zu verzeichnen, und nach dem Tod des kinderlosen Königs von Portugal gelang es Philipp II. 1578, dessen Thron zu erben. Damit verbunden war die Übernahme der Herrschaft über die ausgedehnten portugiesischen Kolonien in Afrika, Asien und Amerika. Die Vereinigung von Spanien und Portugal stellte für Philipp II. strategisch einen grossen Vorteil mit Blick auf die sich abzeichnende Konfrontation mit England dar. Die gemäss Parker grundlegende Fehleinschätzung Philipps II. bestand in der Folge darin, dass er alles auf eine Karte setzte. Mit der Armada holte er 1588 zum vernichtenden Entscheidungsschlag gegen England aus, bedachte aber nicht, wie unrealistisch sein Invasionsvorhaben war. Die Zusammenführung einer von Spanien auslaufenden Kriegsflotte mit einem in Flandern, hunderte von Kilometern entfernt, bereitstehenden Landheer war aufgrund der gänzlich ungenügenden Kommunikationsmöglichkeiten der damaligen Zeit zum Scheitern verurteilt.

Der Philipp II. mit Empathie begegnende Parker kommt nicht umhin, ihm wegen Starrsinn, Unbeugsamkeit und wiederholten Fehleinschätzungen das Epitheton «El Prudente», der Vorsichtige, abzusprechen, das ihm kurz nach dem Tod ein wohlmeinender spanischer Historiograph verliehen hatte. Die kontrafaktischen Szenarien, die Parker am Ende seines Werkes anstellt, sind mehr als fragwürdige Spekulationen. Nicht viel hätte gefehlt, oder um es mit Philipp II. zu formulieren: Es hätte jeweils nur eines «kleinen Wunders» bedurft, um den Sieg davonzutragen. Ein Grundzug seiner Politik war, dass ihn ein geringfügiger Verlust weit stärker schmerzte, als dass ihn ein grosser Gewinn zufriedenstellte. Die Aufgabe der Niederlande konnte in den Augen Philipps II. nicht durch die Genugtuung aufgewogen werden, dass er das spanische Imperium mit der Besitzvermehrung (Gewinn von Portugal und seinem ausgedehnten Kolonialreich) beträchtlich zu vergrössern und zu sichern vermochte.

Parker hat mit seinem «neuen Leben» Philipps II. ein ungemein facettenreiches, ausgewogenes und quellengesättigtes Bild des Monarchen vorgelegt. Sind wir nun im Besitz der definitiven Biografie Philipps II.? Das ist zu bezweifeln. Vielmehr ist anzunehmen, dass nicht nur neue Fragestellungen, sondern auch bisher noch nicht erschlossene Quellenbestände die Basis der Erkenntnisse erweitern. Zeugnisse aus türkischen Archiven sind nach wie vor äusserst rar, könnten aber sehr relevant sein, stellte doch in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts das Osmanenreich die mit Abstand stärkste gegnerische Macht des spanischen Imperiums dar. Und eine weitere Biografie Philipps II. wird spätestens 2027 erscheinen, wenn sich sein Geburtstag zum 500sten Mal jährt.

Rudolf Bolzern, Bremgarten bei Bern

Hans-Robert Ammann, Arthur Fibicher, **Die Reformbestrebungen des Bischofs Hildebrand Jost. Die Visitation der Diözese Sitten 1623–1626,** Sitten: Staatsarchiv, 2015 (Beihefte zu Vallesia / Cahiers de Vallesia, Bd. 28), 1. Band: Kommentar, 334 Seiten; 2. Band: Quellenedition, 436 Seiten.

In der 2017 aufwändig begangenen 500-Jahrfeier zum Beginn der Reformation ging fast vergessen, dass auch die «alte Kirche» ihre Reformation erlebte. Die «katholische Reform», die mehr war als eine pure antiprotestantische «Gegenreformation», hatte ihre Wurzeln in den vorreformatorischen Reformbestrebungen und fand ihren Höhepunkt im Reformkonzil von Trient (1545–1563). Die Umsetzung der tridentinischen Reformen war aber ein langfristiger Prozess, der weit ins 17., ja bis ins 18. Jahrhundert reichte. Das Interesse an der katholischen Reform erlebt zurzeit, nach einem jahrzehntelangen Dornröschenschlaf, wieder eine (bescheidene) Renaissance.

Träger der Reformen waren neben den Orden tatkräftige Bischöfe, welche durch Mandate, Synoden und vor allem Visitationen ihrer Diözesen eine erneuerte Kirche aufbauten. In den Visitationsberichten lassen sich der Zustand der Pfarreien und die Reformbemühungen nachverfolgen. Viele sind noch nicht bearbeitet, aber einige wurden in letzter Zeit ediert und ausgewertet, so etwa von Jean-Pierre Renard in einem zweibändigen Werk die Visitationen des Basler Generalvikars und späteren Weihbischofs Thomas Henrici in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts (2007). In diese Tradition reihen sich nun die beiden Bände zu den Reformbestrebungen und Visitationen des Sittener Bischofs Hildebrand Jost in den Jahren 1623 bis 1626 ein.

Hildebrand Jost (1585–1638) war der Sohn eines Schulmeisters, studierte unter anderem am tridentinisch geprägten Collegium Helveticum in Mailand (1605) und wurde bereits 1608 ins Sittener Domkapitel aufgenommen. 1613 wählten Domkapitel und Landrat den erst 28-Jährigen zum Bischof von Sitten, nachdem er zuvor auf die weltliche Macht über das Wallis verzichtet hatte. Von 1613 bis 1618 versuchte er vergebens, die weltliche Macht wieder zurückzugewinnen. Ab 1618 konzentrierte er sich auf die kirchliche Erneuerung: Er erliess ein Reformdekret für Pfarrer (1620), zahlreiche Mandate und Synodalstatuten (1626). In diese Reformzeit (1623–1626) fiel der zweite Zyklus von Visi-

tationen in seiner Diözese, die er bereits 1615 bis 1618 ein erstes Mal und 1634 bis 1637 ein drittes Mal visitierte. Nach 1626 verhedderte er sich wieder im Kampf mit den «Patrioten» um die weltliche Macht, musste aber 1634 endgültig darauf verzichten.

Im reich illustrierten ersten Band werden zuerst die Visitationen selber vorgestellt, so das Itinerar (mit Tabellen und Karten) und der Ablauf einer Visitation. Auf der Basis der Visitationsberichte und anderer Dokumente aus jener Zeit wird in einem weiten Bogen das Bild der Walliser Kirche gezeichnet. Im Kapitel «Klerus und Volk» werden das kirchliche Personal aller Stufen, die Sakramentenspendung, die Lehrtätigkeit, die Verwaltungstätigkeit, der Lebenswandel, dann die Laien im kirchlichen Dienst, die Volksfrömmigkeit und die Disziplinierung des Volkes beschrieben. Wie in anderen Diözesen, etwa in Basel, war zu Beginn des 17. Jahrhunderts der im 2. Laterankonzil (1139) verfügte Zölibat noch keineswegs durchgesetzt und musste vom Bischof mehrfach angemahnt werden. Der Bischof kämpfte bei den Laien gegen Unzucht, Völlerei, Aberglaube und protestantische «Häresie», die im Wallis noch nicht völlig ausgerottet war. In einem dritten Teil wird die kirchliche Infrastruktur vorgestellt: Friedhöfe, Kirchengebäude, das Mobiliar, die liturgischen Geräte, die Paramente, der künstlerische Schmuck, die Reliquien und sogar die Wegkreuze und Bethäuschen. Dabei werden auch die zahlreichen Mängel, die der Visitator immer wieder feststellte, thematisiert. Im vierten Kapitel werden die materiellen Grundlagen der Kirche (Vermögen und Einkünfte) beschrieben und in sechs Tabellen für alle Pfarreien übersichtlich dargestellt.

Im zweiten Band, dem Quellenband, sind die lateinischen Visitationsberichte abgedruckt, welche als Abschriften ins Archiv der Luzerner Nuntiatur kamen und vermutlich nach der Aufhebung der Nuntiatur 1873 auf Umwegen in den 1920er Jahren ins Vatikanische Archiv gelangten. Die Originale sind beim Stadtbrand von Sitten 1788 vernichtet worden; einzelne finden sich noch in verschiedenen Walliser Archiven (Liste im Anhang). Die Berichte umfassen nur drei der sechs möglichen Rubriken eines ordentlichen Berichts, nämlich Titel, Mängelliste sowie Angaben zur wirtschaftlichen Lage der Pfarreien. Den 107 Visitationsberichten zu allen Walliser Pfarreien folgen 50 Mandate aus dem Mandatenbuch des bischöflichen Sekretärs Johannes Columbinus aus den Jahren 1620 bis 1622. Sie behandeln vor allem Disziplinarfragen des Klerus und die Umsetzung der tridentinischen Beschlüsse. Zum Schluss werden 47 Dokumente aus verschiedenen Walliser Archiven publiziert, welche die Reformbestrebungen von Bischof Hildebrand Jost illustrieren. Darunter befinden sich etwa die Visitationsberichte der Kathedrale und der Kirche Saint-Pierre in Sitten (1618), Auszüge der Synodalstatuten von 1626 (gedruckt 1635), die Organisation des bischöflichen Gerichts, Berichte von Nuntien, zwei Landratsabschiede gegen die Reformierten sowie Güterinventare. Ein sehr nützliches Glossar zu den in den Visitationsberichten vorkommenden Begriffen (z. B. aerarius = Säckelmeister, Kirchenvogt) sowie ein Orts- und Personenregister beschliessen den Quellenband.

Den Reformbemühungen waren vorerst nur bescheidene Erfolge beschieden. Die Pfarreien liessen sich Zeit, die bei der Visitation festgestellten Mängel zu beheben, wie

etwa der Fall von Granges aufzeigt, wo von den 35 im Jahr 1623 verzeichneten Gravamina 1637 deren 13 wiederholt wurden. Spätere Berichte belegen, dass die Reformen bei weitem nicht abgeschlossen waren. Noch 1642 berichtete Nuntius Girolamo Farnese nach Rom: «Ich fahre fort, die Kirche von Sitten zu visitieren. Sie ist in einer Verfassung, die schlimmer nicht sein könnte». Die beiden sorgfältig erarbeiteten Bände bieten ein umfassendes Bild der Walliser Kirche und Gesellschaft in den 1620er Jahren.

Marco Jorio, Rüfenacht

Jean Steinauer, **Patriciens, fromagers, mercenaires. Histoire de l'émigration fribourgeoise, XVIIe–XVIIIe siècle,** Neuchâtel: Éditions Livreo-Alphil, 2017, 288 pages.

Qui n'a pas rêvé de démilitariser l'histoire du service étranger, trop longtemps domaine réservé de ce que l'auteur nomme à juste titre les historiens casqués? Ce qui l'a intéressé en concevant ce livre, c'est l'organisation du phénomène migratoire, l'intégration sociale des militaires et celle de la société régimentaire dans le tissu social. À ce titre, l'ouvrage est une réussite et la démonstration convaincante. Enfin un nouveau livre sur le service militaire des Suisses en France, comme le laisse entendre la présentation de la «Collection Livreo» sensée poser «un regard neuf»? Que nenni, il s'agit d'une réimpression assumée (p. 6–7) de *L'émigration fribourgeoise sous l'Ancien Régime*, publiée en 2000 aux éditions Payot et ici amputée de 80 % de ses illustrations. Dans l'art de faire du neuf avec du vieux, on a connu les éditions Alphil mieux inspirées! Le lecteur qui pensera lire un ouvrage de ce siècle en sera pour ses frais en constatant que le bon vieux *DHBS* n'a pas encore fait place ici au *Dictionnaire historique de la Suisse.* La moindre des choses eut été de réactualiser les lieux de provenance des sources essentielles, tel le SHAT remplacé depuis 2005 par le SHD/DAT. Si au moins le talentueux écrivain en avait profité pour prendre en compte les remarques émises lors de la sortie de la première édition de son livre au tout début du siècle[1] et des travaux effectués depuis lors. Lorsqu'il évoque les Galériens (p. 53–54), pour ne citer que cet exemple, nous aurions trouvé opportun de voir ajouter l'ouvrage de Benoît Dumas, qui fait désormais référence dans ce domaine.[2] Et où sont passés ici les marchands-fromagers, les fameux barons du fromage étudiés par Pierre Rime ou les importants travaux d'Aloys Lauper sur l'architecture fribourgeoise si unilatéralement influencée par la France selon Jean Steinauer? Le plus surprenant n'est pas que ce dernier ait omis de citer des ouvrages qu'il a manifestement consultés mais qu'il ait trouvé judicieux de s'adonner à la fausse référence. Ainsi, méfiez-vous ici (p. 266)

1 Georges Andrey, Compte-rendu de l'ouvrage de Jean Steinauer *Patriciens, fromagers, mercenaires*, un livre qui laisse perplexe, in: *L'Objectif*, n° 218 du 26 janvier au 8 février 2001, p. 13. Voir aussi *La Liberté*, vendredi 23 février 2001, p. 3.

2 Benoît Dumas, Les Suisses aux galères de France 1601–1793, Yens sur Morges 2005.

de l'imaginaire Paul Cantonneau, professeur inventé de toute pièce par Hergé, qu'un public non fribourgeois et non initié pourrait prendre pour argent comptant.

Plus sérieusement, on relèvera surtout les éléments occultés qui n'entrent pas dans ses schémas interprétatifs ou écartés pour ne pas altérer la cohérence de l'ensemble et l'impact sur le grand public de la brillante démonstration. Jean Steinauer est certes l'auteur qui, à notre connaissance, a le mieux présenté le système mis en place sous l'Ancien Régime: l'encouragement de l'élevage pour produire du fromage et des soldats en échange de sels et de pensions royales. Le grand mérite de cet ouvrage par rapport à ceux qui traitent habituellement du service militaire à l'étranger est l'attention portée aux petites gens même si cela s'accompagne d'un certain manichéisme et de mépris pour les élites. Jean-Frédéric-Roch de Diesbach se voit qualifié de manière toute contemporaine d'«ex-petite frappe» (p. 189). Steinauer, c'est l'anti-Vallière par excellence, même s'il partage avec l'auteur d'*Honneur et Fidélité*, la même négligence à l'égard de la dimension diplomatique de la problématique. L'auteur néglige avec en effet un aplomb sidérant les paramètres diplomatiques. Fait révélateur, le terme d'«alliance» ne figure même pas dans son glossaire. Réduire comme il le fait Fribourg à «un État inféodé, sans souveraineté» et les patriciens qui en détiennent les rênes à de simples exportateurs de chair à canon, revient à limiter le service étranger à sa seule dimension socio-économique, ce qui convient à l'idéologie dominante dans ce domaine, adeptes du tout à l'économie. Même dans le cas fribourgeois, la géopolitique joue son rôle car, complètement encerclé par Berne, Fribourg use et abuse de son lien privilégié avec la France qui fait office d'alliance de revers pour assurer la pérennité d'un espace de liberté catholique au cœur d'un territoire protestant. Si seule l'économie primait en ce domaine, si l'on pouvait parler comme ici d'un «quasi-protectorat plutôt que d'une alliance» (p. 180) et dire que «la dépendance fribourgeoise est extrême» (p. 187), nous ne verrions pas des Fribourgeois mener des négociations interminables et pinailleuses lors des renouvellements d'alliance (1777) ou des capitulations (1764 et autour de 1789), au grand dam des diplomates français qui vitupèrent régulièrement contre des Fribourgeois comptant parmi les Suisses les plus récalcitrants. Mais forcément, quand on écarte totalement les archives diplomatiques de son champ de recherches, comme c'est le cas ici, ou les travaux scientifiques portant sur ces aspects, aucun risque de voir la démonstration parfaitement menée entachée du moindre doute. C'est ainsi que l'auteur a, avec une grande adresse, méticuleusement contourné les sources susceptibles de le gêner. La démarche journalistique est certes séduisante malgré ses préjugés. Sans aucun doute, la comparaison audacieuse avec les migrations contemporaines trouvera son public (p. 127–128).

D'emblée pourtant, le lecteur attentif remarquera non pas l'artifice qui consiste à prendre pour fil conducteur trois candidats à l'émigration militaire afin de rendre plus attrayant l'ouvrage, mais le fait d'avoir utilisé «trois garçons de Saint-Aubin [qui] ont eu de la veine» (p. 126), issus précisément de la Broye, où domine la culture céréalière, sans rapport avec les régions d'élevage au cœur du raisonnement steinauerien. Et pourtant, la

région d'Estavayer couverte de blé fournit, comme «l'ensemble de l'espace fribourgeois» (carte p. 42), son tribut de «mercenaires». Les postulats sur lesquels repose sa démonstration ruissellent d'une cascade d'erreurs grossières qu'un très modeste travail d'investigation lui eût permis d'éviter. L'auteur n'a pas cru indispensable de replacer ses observations dans le contexte géopolitique international, qui a tout de même évolué durant deux siècles. «Soldats contre sel», voilà à quoi se réduit pour lui la longue et complexe histoire des relations franco-fribourgeoises aux XVIIe et XVIIIe siècles. Si la formule a le mérite de frapper les esprits, elle n'en reste pas moins réductrice. La République de Fribourg ne donnait pas seulement en «location ses hommes afin de vendre son gruyère» (p. 10) comme l'énonce l'écrivain. La France fonctionnait en réalité comme principe unificateur tacite et virtuel d'un Corps Helvétique aussi hétérogène qu'invertébré et assurait l'existence non seulement matérielle mais politique du canton de Fribourg. Le service militaire des Suisses en France fut une manière efficace de garantir de part et d'autre le bon fonctionnement de l'alliance perpétuelle conclue en 1516, garante elle-même de l'existence de la Suisse. Des traités rédigés en chapitres, d'où leur nom de capitulations militaires, étayaient cette délicate et subtile construction qu'était l'Alliance unissant les Cantons au Roi Très Chrétien. Le service capitulé fut une entreprise militaro-diplomatique visant du point de vue français à neutraliser les Suisses, à récupérer leurs forces combattantes, à favoriser les échanges commerciaux puis à endiguer le décollage économique des cantons. Dans ce jeu subtil qu'est l'échiquier diplomatique, Fribourg était une pièce maîtresse en raison de sa situation géopolitique. Ainsi, quand bien même les Suisses au service de France sont licenciés en 1792, les Français n'en continuent pas moins à procurer du sel et à verser des pensions aux Fribourgeois. Si Jean Steinauer avait eu l'idée de jeter ne serait-ce qu'un petit coup d'œil sur les archives des affaires étrangères, il aurait pris en compte la dimension diplomatique du service militaire capitulé qu'il limite à un vulgaire mercenariat, ne faisant que suivre en cela une longue tradition historiographique issue de la Suisse nouvelle de 1848 si soucieuse de masquer les faiblesses ataviques et l'inféodation de la Suisse aux grandes puissances. Penser l'histoire essentiellement sous l'angle économique et social induit que tous les auteurs qui ne traitent pas automatiquement de «mercenaires» les militaires suisses à l'extérieur se voient attribuer une place de choix parmi les «laudateurs du service étranger» (p. 179) et appartiennent à l'historiographie conservatrice, ce qui est faux.[3]

On remarquera pour finir les imprécisions si courantes dans ce type d'ouvrage. Citons la carte de la route du fromage au XVIIIe siècle (p. 144) qui donne les contours actuels du canton de Fribourg avec les lacs de la Gruyère et de Schiffenen inexistants à l'époque. Quant au général Amey, il n'a jamais été cadet dans le régiment de Diesbach

3 Cf. Alain-Jacques Tornare, Les troupes suisses capitulées et les relations franco-helvétiques à la fin du XVIIIe siècle, Paris 1996.

(ah, cette fixation sur cette famille!) – et encore moins sergent dans celui de Châteauvieux (p. 105). La belle plume se laisse parfois aller à un langage coloré frisant l'anachronisme. Il est ainsi question des «tournées au bistrot» (p. 27), de «bakchichs» (p. 185), d'un régiment de Diesbach envoyé à Paris le 14 juillet 1789 [*sic*], dont la démonstration de forces «tourna en eau de boudin» (p. 90) ou de «soviet de gradés» en 1789 (p. 136). Décrivant la situation à Lille en septembre 1792, il a cette formule toute en finesse: «En langage de caserne, on dirait que c'est le bordel partout» (p. 92). De la vraie dentelle de Sparte. Heureux les journalistes, ils n'ont pas à se tourmenter des nuances en histoire.

Alain-Jacques Tornare, Fribourg

Juri Auderset, **Transatlantischer Föderalismus. Zur politischen Sprache des Föderalismus im Zeitalter der Revolutionen, 1787–1848,** Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2016 (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 48), XI + 525 Seiten.

«[W]ords, as is well known, have different meanings in different contexts.» Der auf Seite 261 des zu besprechenden Werks zitierte Satz entstammt nicht etwa einem Methodentext der *Conceptual History*, sondern den 1839 publizierten *Legal and Political Hermeneutics* aus der Feder des deutsch-amerikanischen Rechtsphilosophen, Geschichtsprofessors und politischen Publizisten Francis Lieber (1800–1872). Im Kontext der Debatten um das Verhältnis von Gliedstaaten und Zentralregierung in der amerikanischen Verfassung verfocht Lieber die Ansicht, dass man die konstitutionellen Texte zunächst auf den zur Zeit der Abfassung und Ratifikation gemeinten Sinn hin auszulegen habe, bevor man Rückschlüsse auf ihre Bedeutung für die Gegenwart ziehe. Das Beispiel veranschaulicht schön die Selbstreflexivität des transatlantischen Föderalismusdiskurses in der Sattelzeit, der den Gegenstand der an der Universität Freiburg verfassten Dissertation von Juri Auderset darstellt.

Die Studie gliedert sich in eine ausführliche Einleitung, einen zweigeteilten Darstellungsteil und ein abschliessendes Resümee. In Teil A «Semantische Ordnungen» rekonstruiert Auderset in vier Kapiteln das weite semantische Feld assoziativer Staatlichkeit, in das sich das ab den 1790er Jahren auftauchende Konzept des Föderalismus in Nordamerika, Frankreich, Deutschland und der Schweiz einschrieb. In Teil B «Pragmatische Interventionen» rückt der Autor in sieben weiteren Kapiteln das Schreiben und Wirken von ausgewählten «transkulturellen Mediatoren» in den Blick, die als Briefeschreiber und Publizisten für einen stetigen Ideenfluss über den Atlantik hinweg sorgten. Die Kapitel fokussieren jeweils auf einzelne Räume oder Akteure, bauen über Querbezüge aber dennoch aufeinander auf, sodass bei fortschreitender Lektüre ein immer vielschichtigeres Bild des Föderalismusdiskurses von den 1780er bis in die 1840er Jahre entsteht. Dieser lässt sich – dies zeigt die Studie eindrücklich auf – nicht anders denn als transatlantisches Phänomen verstehen.

Was aber ist beziehungsweise war Föderalismus? Der Begriff und die damit zusammenhängenden Adjektive und Parteibezeichnungen blieben – und dies machte wohl gerade ihre Anziehungskraft aus – letztlich so bedeutungsoffen, dass, abgesehen von der Thematisierung einer aus mehr oder weniger autonomen Teilen zusammengesetzten Staatlichkeit, kaum eine allen Wortverwendungen unterliegende Grundbedeutung fassbar wird. Entsprechend nannten sich jenseits des Atlantik just jene Publizisten und Politiker *Federalists*, die für die Schaffung eines stärkeren Bundesstaats eintraten, während *fédéralisme* im Frankreich des Jahres 1792 für all das stand, was die neue, «einheitliche und unteilbare» Republik gerade nicht war und niemals sein sollte. Bald schon kam die Bezeichnung einer Person als «Föderalist» hier einem Todesurteil gleich – eine negative Konnotation, die der Begriff in Frankreich auch im 19. Jahrhundert nicht mehr ganz loswurde. In Deutschland drehte sich der Föderalismusdiskurs im frühen 19. Jahrhundert dagegen vor allem um den Dualismus «Staatenbund» versus «Bundesstaat». In der Schweiz kamen schliesslich alle drei Diskursstränge zusammen – mit einer nach dem Verfassungsexperiment der Helvetik aber bald schon deutlich positiven Wertung des Föderalismuskonzepts, das sich mit restaurativen (Bezug auf die Alte Eidgenossenschaft) wie liberalen (Vorbild der amerikanischen Föderativrepublik) Anliegen gleichermassen vertrug.

Die Studien zu den einzelnen «transkulturelle Mediatoren» – unter ihnen auch der in Genf geborene, nach Amerika ausgewanderte Albert Gallatin – können an dieser Stelle nicht im Einzelnen gewürdigt werden. Als sehr gewinnbringend erweist sich hier die Analyse von Korrespondenzen, an denen sich zeigt, dass hinter den diskursiven Übersetzungsprozessen auch ein sehr konkretes Netzwerk von personalen Beziehungen stand, bei dem insbesondere der frühere General im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg und französische Revolutionär La Fayette als Broker eine überragende Rolle spielte. Alexis de Tocquevilles oft als einsamer Monolith dastehender Klassiker *De la démocratie en Amérique* (1835/40) vermag Auderset vor dem Hintergrund eines etablierten transatlantischen Diskussionszusammenhangs überzeugend zu rekontextualisieren. Bisweilen führt die detaillierte Rekonstruktion von Positionen in den amerikanischen Verfassungsdebatten aber auch etwas weit weg von der Föderalismusthematik, und sich im komplexen Geflecht von Namen, Daten und Zitaten zurechtzufinden ist eine Herausforderung für den Leser.

Insgesamt liest sich die umsichtig und elegant argumentierende Studie aber nicht nur empirisch, sondern auch methodisch mit Gewinn. Zwischen *Intellectual History* und Historischer Semantik angesiedelt, kann das Werk seinerseits als Beitrag zu einem sprachübergreifenden Methodendiskurs verstanden werden. Schliesslich – dies soll hier nicht unerwähnt bleiben – eröffnet die Studie auch neue Perspektiven auf die Genese und Rezeption der Schweizer Bundesverfassung von 1848. Dass diese vom amerikanischen Modell inspiriert worden war, ist zwar bekannt, lässt sich nun aber durch die aufgezeigten Vermittlungsstränge besser nachvollziehen. Dass der eingangs zitierte Francis Lieber diese Verfassung 1851 in einem Beitrag für den *Southern Patriot* als «Kopie» der amerikanischen Verfassung beschrieb und dass diese Beobachtung zu einem Argument werden

konnte, um den Sezessionisten im eigenen Land den Wind aus den Segeln zu nehmen, wirft zudem ein erhellendes Licht auf einen transatlantischen Diskurszusammenhang, in dem politische Konzepte und Argumente nie nur in eine Richtung wanderten und mit jedem Weg neue Bedeutungsinhalte hinzugewannen.

Nadir Weber, Konstanz

Martin Camenisch, **«Hoch Geachter Her Verhörrichter…». Polizeialltag im Bündner Landjägerkorps 1818–1848,** Baden: Hier und Jetzt, 2016, 675 Seiten, Abbildungen.

Martin Camenisch untersucht in seiner 2014 an der Universität Zürich bei Carlo Moos eingereichten Dissertation den Polizeialltag im Bündner Landjägerkorps für die drei Jahrzehnte von 1818 bis 1848. Es ist der explizite Anspruch des Autors, «Alltagsprozesse, -handlungen und -denkweisen» zu analysieren und damit eine «Alltags- und Sozialgeschichte des Polizeiwesens» vorzulegen. Grundlage dazu bildet der überaus interessante und ergiebige Quellenkorpus von mehr als 3000 Rapporten der Landjäger an ihre Führungsleute, die Verhörrichter, deren vorhergegangene Weisungen respektive deren nachfolgende Antworten oft auch noch überliefert sind. Diese Rapporte gewähren handfesten, teilweise sogar berührenden Einblick in Existenzweisen und -bedingungen der Landjäger und in den Prozess der Herausbildung eines kantonalen Landjägerkorps.

In der umfangreichen, 675-seitigen Dissertation kommen in erster Linie die Landjäger selbst und die Verhörrichter zu Wort. Es sind dies die ergiebigen Passagen des thematisch ambitioniert und gut strukturierten Werks. Die Landjäger hatten verschiedene Aufgaben. Ihr ursprünglich wichtigster Auftrag war «die Reinhaltung des Herrschaftsgebietes von Landstreichern und Bettlern». Weitere Funktionen waren die Unterstützung der Zöllner bei ihrer Aufgabe sowie die Festnahme von Verbrechern. Die Landjäger waren überdies eigentliche «Handlanger der Regierung und […] Scharnierstelle zwischen dieser und der Bevölkerung». Dabei hatten sie eine wichtige Funktion in der Übermittlung und in der verbindlichen persönlichen Zustellung von Erlassen und Befehlen (S. 54 ff.). Später, ausserhalb des behandelten Zeitraums, kam auch noch die Beaufsichtigung von Zuchthäuslern und Anstaltsinsassen hinzu. Aus diesen Funktionen ergab sich eine funktionale Differenzierung des Korps in Zuchthausangestellte, Grenzzollbeamte und Laufposten, wobei die letzteren im Fokus der Untersuchung stehen.

Der Autor beschreibt in einem ersten Hauptteil die Hierarchien, die Ausrüstung, die räumliche Verteilung der Posten, die Unterkünfte, die Mobilität und die finanziellen Ausstattungen der Landjäger. Dem folgen Auswahlverfahren, Herkunft, Sprache und Religion, Bildung, Privatverhältnisse und Habitus. Der Autor wirft ausserdem die Frage auf, ob es sich bei den Landjägern um «Beamtensoldaten» handelte, wobei die Antwort unbefriedigend ausfällt. Die Feststellung der «Plausibilität» (S. 253) ist zu kurz und auch zu unbestimmt angesichts der Tatsache, dass die vorangehende Argumentation nicht explizit darauf hin leitet. In einem zweiten Hauptteil untersucht der Autor die Genese des Polizeisystems aus den beschriebenen Alltagsumständen und Alltagspraktiken. Er gliedert

dabei in die Kapitel Dienst, körperliche Beanspruchung und Verfassung, dienstfreie Zeit, Familienverhältnisse, Beziehungen im Korps und in der Gesellschaft. In einem kurzen dritten Hauptteil unter dem Titel «Innenwelten – die Psychologie des Landjägers» sind die Selbstwahrnehmung, die Gemütszustände und in einem wenig befriedigenden Kapitel ohne genügende begriffliche Klärung die «Ideologie» Thema. Diese drei Hauptteile lohnen auf jeden Fall die Lektüre. Die zahlreichen Fälle, Personen und Geschichten sind vielfältig anschlussfähig. Mit Ausnahme der Vorgesetzten bleibt jedoch im gesamten Werk das Gegenüber der Landjäger, bleiben die Kontrollierten, die Disziplinierten, die Gesetzesübertreter/innen oder die Randständigen eher blass.

Nicht ergiebig sind dagegen die einleitende Verortung des Themas in der aktuellen Forschungslandschaft der Polizeigeschichte und die theoretische Fundierung. Für letztere macht der Autor Anleihen in den Werken von Foucault, was nicht erstaunt, und bei der Systemtheorie von Niklas Luhmann. Von Max Weber setzt er sich wenig überzeugend ab. Alles in allem ist diese wesentlich auf Sekundärliteratur unterschiedlicher Reichweite beruhende Fundierung uninspiriert und ungenügend. In den drei Hauptteilen macht denn auch der Autor selbst kaum Rückbindungen an die theoretische Grundlage und auch im zu kurzen Schlusswort versucht er das nicht einmal ansatzweise. Dort wird es richtig inhaltsleer, wenn der Autor etwa schreibt: «Die These, wonach unklare politische Machtverhältnisse ein Mehr an Unsicherheiten hervorriefen, scheint [...] plausibel.» (S. 655). Das wirft dann aber auch die Frage nach der fachlichen und redaktionellen Betreuung der Publikation auf.

Schliesslich erfordern auch formale Aspekte eine kurze kritische Würdigung: Die Publikation zeichnet sich im Layout durch einen ausgeprägten Gestaltungswillen aus, wobei die daraus resultierende kleinteilige Textstrukturierung die Lektüre alles andere als unterstützt. Mehrere Schriftgrössen und unterschiedliche Spaltenbreiten haben den Rezensenten mindestens so lange überfordert, als er in diesen eine Logik zu entdecken suchte.

Hans-Ulrich Schiedt, Universität Bern

Jean-Pierre Dorand, **La politique fribourgeoise au 20e siècle,** Lausanne: PPUR, 2017 (Le savoir suisse, 126), 128 pages.

Disons-le d'emblée: le précis que l'historien fribourgeois Jean-Pierre Dorand, docteur ès lettres, a publié récemment est davantage qu'un livre neuf, c'est une révélation, même pour les vingtièmistes. D'où son succès. Voilà, dans un langage sans fard et un style dépouillé, une vue d'ensemble d'où se dégagent nettement, sur le mode classique de la narration chronologique, les grandes lignes de l'évolution spectaculaire d'un canton «bilingue, catholique et isolé» (p. 7), pour reprendre les trois qualificatifs par lesquels l'auteur, dans sa brève introduction, désigne l'État de Fribourg, entré dans la Confédération dès 1481, donc bien avant les autres cantons romands, mais qui a «raté» – c'est son mot – sa révolution industrielle du début du XIXe siècle et dont la participation au

Sonderbund (1845–1847) s'est soldée par une catastrophe, alors qu'il était resté sagement neutre dans les quatre guerres de religion de l'Ancien régime. Ce double faux-pas, Fribourg aura besoin de tout le XXe siècle pour le réparer. Il est des erreurs qui, dans l'histoire des peuples, se paient cash.

Avant de poursuivre, ouvrons une parenthèse pour préciser que, dans le trinôme ci-dessus – linguistique, confessionnel et géopolitique –, le bilinguisme a toujours été un atout pour Fribourg, citadelle fondée au XIIe siècle par la puissante dynastie souabe des Zaehringen, mais où le parler franco-provençal a résisté à la forte poussée de l'alémanique. Autre résistance victorieuse, le catholicisme d'origine s'y est maintenu à la Réforme, boudée par un canton étroitement lié à la France monarchique à la faveur du service capitulé, aussi lucratif qu'honorifique pour la classe dirigeante. Quant à l'isolement, troisième composante de l'identité fribourgeoise de jadis, il tient précisément au fait que les voisins immédiats, bernois, neuchâtelois et vaudois, ont, eux, embrassé la nouvelle foi. Ce faisant, pour conjurer toute menace potentielle, la soudure franco-fribourgeoise s'est renforcée au fil du temps, sans effacer pour autant, chez le peuple et ses dirigeants, les traces d'une mentalité obsidionale, celle de l'assiégé.

On ne change pas de mentalité aussi aisément que d'institutions. Comme le montre Dorand, c'est à la faveur d'un long XXe siècle (1881–2011) que le canton «passe de l'isolement à l'ouverture» (p. 123). À cet égard, le facteur religieux joue paradoxalement un rôle: ne faut-il pas le concile Vatican II (1962–1965), vécu comme révolutionnaire par les catholiques traditionnels, pour «secouer» le conservatisme ambiant? En 1951 encore, le programme du grand vieux parti conservateur affirmait, sur un ton plus théocratique que démocratique, que «Dieu est la source de l'autorité de l'État auquel le citoyen doit obéir» (p. 73). Il faut attendre 1970 pour qu'il se convertisse en «parti démocrate-chrétien», appellation actuelle qui, on le voit, ne rompt pas le lien entre politique et religion, alors que la sécularisation de la société suisse n'a jamais été aussi avancée. Cet entêtement est d'autant plus surprenant quand on constate avec Dorand la netteté avec laquelle, depuis longtemps, le respecté cardinal Journet (1891–1975) dénonçait, en théologien courageux, ces chrétiens fourvoyés dans des partis qui «prétendent servir Dieu alors qu'ils se servent de lui» (p. 100, citation).

On le voit, Dorand n'oublie pas le contexte dans lequel se déroule «la politique fribourgeoise au XXe siècle», titre de son étude. De fait, il faut entendre cette politique au sens large du terme. L'opuscule, avec une rare concision, réussit à englober non seulement la religion, mais aussi l'économie et les finances, le substrat démographique, les aménagements et équipements en tout genre, sans oublier l'école, la presse et le rôle de certains intellectuels, en tête desquels Gonzague de Reynold, longtemps oracle du régime. Mais il est vrai que, par conformité au titre, le tout est subsumé au primat de la politique, choix qui heurte fatalement la fameuse école historiographique privilégiant les infrastructures, en conséquence de quoi la politique, en tant que superstructure, n'est plus que la résultante de ces dernières, bases de la société. Adieu l'École des Annales!

Le primat de la politique – qui gouverne? – veut naturellement que les rapports de force partisans, les régimes qu'ils génèrent et les leaders qui les incarnent occupent chez Dorand une place de choix. Tableaux chiffrés et bien conçus synthétisent une évolution allant de la «république chrétienne», dominée par la puissante personnalité de Georges Python, conseiller d'État de 1886 à sa mort en 1927, à la démocratie pluraliste d'aujourd'hui, quelques jalons – 1946, 1966, 1981 – scandant les phases du recul, lent mais inexorable, d'un régime qui se voulait spécifique du Pays de Fribourg, protégé de Dieu et de l'Église.

Pour mesurer la distance idéologique parcourue entre le début et la fin du XXe siècle fribourgeois, rien de mieux que de consulter *La Liberté,* quotidien fondé en 1871, lors du concile Vatican I, et organe encore quasi officiel du gouvernement peu avant le concile Vatican II. Dorand qui a épluché le principal organe d'opinion du canton y a dégoté la perle que voici, datant de 1922: «Le libéralisme est un poison lent, le radicalisme un poison violent, le socialisme un poison foudroyant.» (p. 30). À constater la vitalité actuelle de ces trois idéologies, il faut croire que Fribourg n'en est pas mort, mais qu'au contraire leur prétendu poison s'est transformé en agent actif de la vie politique, au point de donner à la Confédération (2012) un conseiller fédéral… socialiste!

Cet impressionnant rattrapage d'ordre politique va de pair avec le rattrapage économique. Ce dernier se fait en deux temps. Le premier a pour père Georges Python et consiste en la modernisation de l'agriculture, la promotion de l'industrie agro-alimentaire (condenseries, chocolateries), de l'hydroélectricité (barrages) et le développement de la formation professionnelle (technicum, 1896). En 1914, le jeune peintre allemand August Macke, en séjour à Fribourg, illustre ce pas en avant par une immense grue de chantier dont la hauteur, tel un défi, dépasse celle de la tour de la cathédrale. À bon escient, Dorand et son éditeur en ont fait la page de couverture du livre.

Second temps, trois décennies plus tard. À la faveur de la haute conjoncture des «Trente Glorieuses», quelques ténors lucides du grand vieux parti (Quartenoud, Torche, Dreyer) réussissent à convaincre leurs amis d'abandonner enfin le dogme du primat de l'agriculture – celle du régime patricien d'Ancien régime, d'inspiration physiocratique – et d'adopter un «plan d'industrialisation du canton» (p. 87). On est en 1952. Le secteur primaire qui mobilisait encore plus du tiers de la main-d'œuvre active en 1950 n'en occupe plus que 13 % en 1980 et 6 % en l'an 2000. À cette dernière date, le secteur tertiaire domine l'économie cantonale avec 55 % de la main-d'œuvre. Voilà l'économie cantonale enfin modernisée! Simultanément, la population fribourgeoise, qui comptait moins de 160'000 habitants en 1950, a dépassé le cap des 300'000 en 2014. Un solde migratoire désormais positif a tari la saignée démographique de naguère, conséquence de l'incapacité séculaire du canton à nourrir sa population.

Le travail de Dorand ne se contente pas de rassembler, à l'usage du grand public cultivé, les données essentielles à l'intelligence du canton de Fribourg au siècle dernier; il livre aussi nombre d'informations inédites qui contribuent sans doute à son succès. En voici deux exemples. Fruit du dépouillement de fonds des Archives fédérales sur les

professeurs nazis à Fribourg de 1939 à 1945, ainsi que de l'exploitation de l'ouvrage de Luc van Dongen, *Un purgatoire très discret* (2008), une liste de personnages dûment identifiés est dressée qui fait du très catholique Fribourg un refuge de criminels de guerre. Second exemple: la déliquescence après-guerre du grand vieux parti, théâtre d'une guerre de clans, de féroces rivalités intestines et de scandales à répétition, cause de plusieurs suicides (p. 90–93). Il n'en faut pas tant pour discréditer un parti usé par le pouvoir et prisonnier du passé, mais qui, néanmoins, garde assez d'énergie pour se réformer et s'ouvrir à la démocratie moderne et au partage raisonné du pouvoir. C'est que la «formule magique», modèle de concordance adopté en 1959 pour la répartition des sept sièges du Conseil fédéral, permet à Fribourg d'y placer Jean Bourgknecht, aussi honnête que capable.

Ajoutons à cela que l'opuscule doranien – c'est son charme! – est truffé de détails croustillants qu'il est rare de trouver dans l'historiographie traditionnelle, qui plus est dans une collection aussi savante que *Le savoir suisse*. Le lecteur est servi: il en déniche sous tous les régimes, y compris sous la république dite chrétienne, entachée des escroqueries de Bossy, le Vessaz fribourgeois (p. 10). Il n'y manque – osons l'audace! – que quelques coucheries, ivrogneries et autres roueries pour compléter le tableau et faire de cet ouvrage ô combien sérieux sinon austère un recueil d'anecdotes piquantes, étant entendu que l'anecdote, c'est le sel de l'Histoire. L'auteur, premier surpris de son succès, envisage de le développer dans une version plus ample.

Georges Andrey, Fribourg

Oliver Lahaie, **La guerre secrète en Suisse (1914–1918). Espionnage, propagande et influence en pays neutre pendant la Grande Guerre,** 3 volumes, Saint Denis: Connaissances et Savoirs Éditions, 2017, environ 1100 pages.

Après sa défaite de 1871, la France vit dans la crainte d'une offensive du IIe *Reich* débouchant à travers le Jura suisse. La signature de la Triplice en 1882 accroît le risque d'une telle manœuvre, l'Italie, via le Plateau suisse, amenant des forces à l'aile gauche des armées allemandes. Dès 1905, le plan Schlieffen qui vise à abattre la France avant de s'en prendre à la Russie privilégie le passage par la seule Belgique neutre. Le Plan XII français, élaboré en février 1893, prévoit une opération préventive contre la Confédération, au cas où elle conclurait une alliance avec le *Reich*; le Plan XVI (1908) prend en compte une offensive par la Belgique, avec une opération secondaire à travers la Suisse.

Les historiens militaires français s'intéressent peu au petit État neutre pendant les deux guerres mondiales. Le troisième tome de *L'histoire militaire de la France*[4] ignore la défense suisse, tout comme les conversations d'états-majors franco-suisses de 1916–1917,

4 Sous la direction de Guy Pedroncini, Paris 1992.

destinées à mettre au point une coopération militaire dans l'hypothèse d'une invasion allemande de la Suisse.

Dans sa trilogie basée sur une large exploitation des archives et des travaux allemands, austro-hongrois, français, italiens, russes et suisses, ainsi que sur une bonne compréhension des institutions suisses, le lieutenant-colonel français Olivier Lahaie met en lumière l'espionnage militaire, politique et social, ainsi que la propagande des belligérants en Suisse ou à partir de la Suisse. Il s'occupe de la recherche d'informations, pas de l'analyse qui les transforme en renseignements, de ce qu'en font les autorités militaires et civiles. Les services des belligérants s'occupent de guerre économique, car il s'agit de supprimer les approvisionnements de l'ennemi. Plus le conflit dure, plus cette dimension prend de l'importance, plus l'Entente, qui croit à l'efficacité du blocus pour vaincre les Empires centraux, veut contrôler le commerce des neutres, empêcher leurs échanges avec ces derniers.

En Suisse, les services secrets bénéficient d'une marge de manœuvre élevée, ils peuvent y recruter agents, *honorables correspondants*,[5] policiers et fonctionnaires, capables d'annoncer des arrestations, de confectionner de *vrais-faux* papiers. Les officiers traitants racolent des compatriotes établis en Suisse, des réfugiés politiques, des réfractaires, des déserteurs. Collecter des informations concernant la Suisse n'est pas leur mission première. Son territoire sert d'observatoire privilégié à partir duquel on peut se documenter, sans trop de risques, sur le camp ennemi, voire sur ses alliés … En 1918, une liste, dressée sur ordre de Georges Clemenceau, contient les noms de trois cents agents français actifs en Suisse. Les lacunes du renseignement et du contre-renseignement suisses, des polices cantonales, de la gendarmerie d'armée s'expliquent par des problèmes d'organisation et de moyens. On n'arrive pas à faire respecter le principe qui veut que les étrangers s'abstiennent de toute activité politique. Pour délit de renseignement au profit d'une puissance étrangère, la législation prévoit des peines et des amendes peu dissuasives.

Depuis la fin des années 1880, les services français entretiennent des «postes-frontière» dirigés contre l'Allemagne à Evian-les-Bains, Annemasse, Genève, Pontarlier, Belfort, Bâle. À Chambéry, on travaille contre l'Italie et l'Autriche-Hongrie. Les consulats français de Genève, Berne, Bâle, Lugano, Saint-Gall et Davos font du renseignement. L'attaché militaire français à Berne, assisté par une dizaine d'officiers, s'occupe de renseignement, de contre-renseignement et, depuis 1914, de propagande, de contrebande avec les Empires centraux, de surveillance des prisonniers de guerre français internés en Suisse. Ces messieurs ne négligent pas le système militaire suisse, les plans de défense, l'état d'esprit des citoyens-soldats, la francophilie ou la germanophilie dans la population. Le manque de collaboration, les rivalités entre les différents acteurs expliquent des actions aux rendements discutables, de rapports contradictoires.

5 Agents non rétribués.

Le SR allemand, qui surveille la France depuis Genève, Lausanne et Bâle, apprécie les papiers d'identité suisses pour créer les légendes de ses agents engagés en territoire ennemi. Le ministre à Berne se considère comme un informateur essentiel de son Gouvernement, l'attaché militaire travaille en étroite collaboration avec les consulats. Des Allemands établis dans le pays, des Suisses alémaniques germanophiles – selon les sources françaises, leur pourcentage varie entre 15 et 30 % – leur fournissent des informations. Berne promeut des échanges de grands blessés entre l'Allemagne et la France, assure l'internement en Suisse de certains prisonniers de guerre, le rapatriement en France de populations de régions envahies par l'Allemagne. Les services du *Reich* en profitent pour introduire des agents dans l'Hexagone. L'attaché militaire austro-hongrois à Berne travaille en priorité sur l'Italie et la Russie, il peut compter sur les exilés politiques russes.

Dans son *Rapport sur le service actif 1914–1918*, le général Wille affirme que

> [...] les cas d'espionnage militaire contre la Suisse étaient rares. Les institutions militaires, dont la connaissance pouvait présenter quelque intérêt pour l'étranger, étaient trop patentes chez nous ou trop faciles à connaître pour qu'on eût besoin d'y entretenir un service de renseignement spécialisé et compliqué. Par contre, l'espionnage entre les puissances belligérantes prit rapidement des proportions gigantesques et menaçantes pour la neutralité et la sécurité de la Suisse.

À la fin 1915, on apprend en Suisse que les colonels Egli et von Wattenwyl, sous-chef d'État-major général et chef du Service de renseignement, remettent aux attachés militaires allemands et austro-hongrois le *Bulletin de l'État-major suisse* qui contient des informations sur les armées de l'Entente. Si, dans le pays, l'«affaire des colonels» devient un *drame national*, Olivier Lahaie la voit comme un épisode banal et sans danger pour l'Entente, mais instrumentalisé par la propagande française: Le général Wille et le commandant de corps von Sprecher passent pour germanophiles; en réalité, ils admireraient l'Armée allemande mais voudraient défendre à tout prix le pays. À Paris, on doute de l'impartialité du SR suisse auquel l'attaché militaire allemand à Berne rend fréquemment visite. Il *renverrait l'ascenseur*, donnant entre autres la date de l'offensive contre Verdun. Dans ses souvenirs, il affirmera que Berlin lui fournissait des informations servant de monnaie d'échange. Les attachés de l'Entente ne semblent pas à même d'entretenir de tels contacts. Contrairement à ce que pensent les services français, Theophil von Sprecher, chef de l'État-major de l'Armée, n'a pas signé le 2 août 1914, sans avertir le Conseil fédéral, *«un protocole secret d'alliance avec Moltke»*. Ce serait une violation évidente de la neutralité. Il ne faut pas prendre pour signature d'une alliance des conversations d'états-majors et la planification d'une alliance. Elle n'entrerait en vigueur qu'au moment où le Conseil fédéral, en cas d'invasion allemande, la signerait, ce qui est compatible avec le statut de neutralité. La France, comme l'Allemagne, fait dans la

Realpolitik: elle met au point en 1915 un plan d'invasion de la Suisse baptisé «H» comme «Helvétie» qui, depuis la fin 1916, devient un plan «H» de coopération franco-suisse.

Lénine, établi à Genève puis à Zurich, *prêche* la révolution bolchevique en Russie et dans le monde … elle pourrait commencer en Suisse, mais il considérera rapidement ses citoyens comme de «*petits bourgeois*». En octobre 1917, il prend le train pour la Russie, grâce au SR allemand qui espère que, par la révolution, Lénine fera sortir la Russie de la guerre.

Quelque soixante pages sont consacrées au risque de révolution en Suisse en automne 1918, telles qu'elles apparaissent dans les sources françaises et suisses. La fausse appréciation de la situation par le Conseil fédéral, le commandement de l'Armée, les autorités politiques et militaires de l'Entente s'expliquent par les événements de l'automne 1918, la révolution bolchevique qui sévit dans plusieurs régions des Empires centraux. Elle semble toucher la Suisse et risque de s'étendre en France. La grève générale de novembre passe donc pour révolutionnaire: elle vise au renversement des institutions fédérales. On sous-estime l'indigence, le mécontentement en Suisse, dû aux pénuries et à une forte inflation. Du côté de l'Entente, on fait comprendre qu'on interviendra militairement en Suisse, si le Conseil fédéral se montrait laxiste.

Olivier Lahaie articule son ouvrage en cinq parties centrées chacune sur une année du conflit, un découpage qui ne permet pas le traitement suivi d'un thème, d'autant que chaque chapitre a la forme d'une chronique s'étendant sur douze mois. Pour les années 1915 à 1917, le plan est identique: insoumis, réfractaires, déserteurs, pacifistes; activités des services de renseignement étrangers; propagande; blocus et guerre économique. Ce découpage implique des répétitions, un certain *saucissonnage* qui ne facilite pas la compréhension. Le lecteur, qui voudrait avoir une vue d'ensemble sur un de ces thèmes, le prendra à la suite dans chacun des trois volumes; il trouvera une synthèse à la fin de la trilogie.

En temps de guerre, les neutres ont mauvaise presse. Les belligérants les accusent de profiter de la situation, de s'adonner à toutes sortes de trafics louches, voire scandaleux; ils dressent des listes noires d'entreprises. Olivier Lahaie présente la Suisse telle que la voient le commandement militaire et les autorités politiques de l'Entente, un «quartier général des magnats de l'industrie, de la banque et du commerce allemand». Pourtant, les secteurs des machines, de la micromécanique et de l'horlogerie travaillent pour les deux camps. La Suisse doit-elle absolument exporter sa production industrielle, fournir aux belligérants ce dont ils ont besoin pour obtenir, en contrepartie, le charbon, le fer, le pétrole, les denrées alimentaires sans lesquels son existence serait très gravement menacée? Existe-t-il, en temps de guerre, des exportations innocentes? Même le lait condensé, le chocolat et le tabac servent à l'effort de guerre!

Hervé de Weck, Porrentruy

Florian Weber, **Die amerikanische Verheissung. Schweizer Aussenpolitik im Wirtschaftskrieg 1917/18,** Zürich: Chronos Verlag, 2016 (Die Schweiz im Ersten Weltkrieg / La Suisse pendant la Première Guerre mondiale, Bd. 1), 271 Seiten.

Fast genau hundert Jahre nach dem Eintritt der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg ist die Dissertation von Florian Weber erschienen, die argumentativ an dieser historischen Marke ansetzt und mit einer bisher wenig berücksichtigten, transnationalen Perspektive die Position der Schweiz in dem globalen Konflikt untersuchen möchte.

Der Autor geht von der Feststellung aus, dass die Schweiz auf aussenpolitischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene vor dem Krieg enge Beziehungen zum Deutschen Reich unterhielt. Am Ende des Krieges hätten sich diese Interaktionsmuster jedoch weitgehend zugunsten der aufstrebenden Grossmacht USA verschoben. Weber geht daher der Frage nach, wie es zu dieser fundamentalen Neuausrichtung kam, und untersucht, wie und weshalb sich die schweizerische Aussenpolitik während des Krieges veränderte. In diesem Zusammenhang fokussiert er insbesondere darauf, welche aussenpolitischen Handlungsspielräume die Kriegsparteien – allen voran das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten – der Eidgenossenschaft eröffneten und wie die Schweiz wiederum diese Freiräume politisch nutzte.

Florian Weber betont in erster Linie ökonomische Determinanten der Aussenpolitik und kommt zum Schluss, dass der Schweizer Staat in hohem Masse von beiden Kriegsparteien abhängig war – sowohl vom Deutschen Reich im Bereich des Kohle- und Eisenimports als auch von den Vereinigten Staaten bei der Versorgung mit Getreide. Eine der Kernthesen Webers ist daher, dass die schweizerische Aussen(wirtschafts)politik der Maxime einer adaptiven und flexiblen Neutralitätsauffassung folgend situativ auf die Handlungen und Positionen der Kriegsparteien reagierte. So sei die aussenpolitische Neuausrichtung auf die USA während des Krieges in dem Masse fortgeschritten, als die Rohstoffversorgung durch das Deutsche Reich an Bedeutung verlor und die ökonomische Unterstützung durch die Vereinigten Staaten zunahm. Dieser Logik folgend ist das Buch chronologisch aufgebaut und zeichnet in sieben inhaltlichen Kapiteln den graduellen Bedeutungsverlust des Deutschen Reiches und den wachsenden Stellenwert der USA für die Schweiz in den letzten beiden Kriegsjahren 1917 und 1918 nach.

Die Dissertation knüpft an die neuesten Forschungsdiskussionen in zweierlei Hinsicht an. Zum einen will sie als Beitrag zu den jüngsten Debatten um die Rolle von neutralen Staaten im Ersten Weltkrieg verstanden werden – ein Forschungsdesiderat, das Weber dankenswerterweise aufgreift. Zum anderen verortet sie sich explizit in der transnationalen sowie globalen Geschichtsschreibung und eröffnet damit vielversprechende und neue Perspektiven auf den Krieg. Der Bezugsrahmen dieses innovativen transnationalen Ansatzes bleibt in der Arbeit Webers jedoch nach wie vor ein europäischer beziehungsweise transatlantischer. Das Buch hätte daher für eine «wirkliche Globalgeschichte» (S. 20) des Krieges noch mehr profitieren können, wenn andere Räume und deren Interaktion mit der Schweiz für die Untersuchung hinzugenommen worden wären. Beispiels-

weise das neutrale Mexiko oder andere neutrale Staaten Mittel- und Südamerikas, welche traditionelle und wichtige Emigrationsräume für Auslandsschweizer darstellten und daher eine gewisse Relevanz für die Eidgenossenschaft aufwiesen, wären von grossem Interesse gewesen. Auch afrikanische und asiatische Räume hätten einen vielversprechenden Bezugsrahmen bilden können, wie beispielsweise die Mikrostudien von Christof Dejung und Andreas Zangger zeigen.[6]

Für die Untersuchung der schweizerischen Aussenbeziehungen zieht der Autor zwar auch kulturelle und politische Faktoren heran, der Fokus liegt aber überwiegend auf ökonomischen Determinanten. Deshalb verwendet Weber auch bewusst Aussenwirtschaft und Aussenpolitik weitgehend synonym. Diese Gleichsetzung von Wirtschaft und Aussenpolitik scheint auf den ersten Blick methodisch einem ökonomischen Reduktionismus gleichzukommen, auf den zweiten Blick vermag die Argumentation des Autors aber zu überzeugen. Die Schweiz verfügte über ein politisches und diplomatisches Führungspersonal, das sich vor allen Dingen aus dem Bereich der Industrie rekrutierte und politische Funktionen nebenamtlich ausübte. Diese industrielle Funktionselite formulierte die schweizerische Aussenpolitik im Krieg massgeblich und transferierte dabei wirtschaftliche Interessen in den politischen Prozess. Aussenpolitik und Aussenwirtschaftspolitik wurden durch diese Vorgänge weitgehend deckungsgleich. In der Analyse dieses privatwirtschaftlich-politischen Milizsystems liegen die grosse Stärke und das innovative Moment der Arbeit, welche die Funktionsweisen der semi-offiziellen schweizerischen Aussenpolitik aufzeigen kann. Während der Autor auf weiten Strecken der Dissertation auf einer eher ereignisgeschichtlichen Makroebene argumentiert, verlagert er in den Abschnitten zu den politischen Funktionseliten seinen Fokus auf die Akteursebene – genau an diesen Stellen gewinnt die Arbeit analytische und empirische Tiefe.

Die Quellenbasis der Arbeit bilden vor allem staatliche Akten und private Nachlässe. Der Autor verwendet zahlreiche internationale Archivbestände – so zum Beispiel aus den USA, Deutschland, Österreich und Frankreich. Dadurch kann er die Sicht der Kriegsparteien auf die Schweiz sehr gut nachzeichnen. Bei der Ermittlung der schweizerischen aussenpolitischen Perspektive überrascht es hingegen, dass der Autor nur in geringem Umfang auf schweizerisches Archivgut und dafür vermehrt auf Forschungsliteratur oder sogar Aktenbestände der Kriegsparteien zurückgreift. Für eine ausgewogenere Analyse hätte sich der Leser gewünscht, dass neben den verwendeten, sehr aussagekräftigen Individualnachlässen aus der Schweiz beispielsweise auch die relevanten Quellen des Schwei-

6 Christof Dejung, Andreas Zangger, British Wartime Protectionism and Swiss Trading Companies in Asia during the First World War, in: Past & Present 207/1 (2010), S. 181–213; Christof Dejung, Welthandelshaus und «Swiss Firm». Die Firma Gebrüder Volkart während des Ersten Weltkriegs, in: Schweizerische Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 23 (2008), S. 117–133.

zerischen Bundesarchivs intensiver konsultiert worden wären. Auch in Anbetracht der zahlreichen am Schweizer Aussenbeziehungssystem beteiligten nicht-staatlichen Akteure wären Verbandsquellen – z. B. des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs oder des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins – sowie Firmenarchive eine willkommene Ergänzung gewesen. Bei der zwangsläufig notwendigen Einschränkung des Quellenmaterials hätte der Autor daher noch mehr auf die Balance zwischen internationalem und schweizerischem Archivgut achten können.

Im Allgemeinen stellt die Arbeit eine solide chronologische Beschreibung der schweizerischen Aussenbeziehungen in den letzten beiden Kriegsjahren dar. Dem Autor gelingt es dabei, den Wandel der schweizerischen Aussenpolitik im Ersten Weltkrieg gut zu kontextualisieren. So schreibt Weber nicht eine geradlinige Geschichte des Bedeutungsverlusts des Deutschen Reiches und des Aufschwungs der amerikanischen Grossmacht, sondern betont auch die oszillierenden Diskurse und Brüche dieser Entwicklung. Auch tritt Florian Weber nicht in die Falle, eine Geschichte des schweizerischen Sonderwegs zu schreiben, sondern identifiziert die eidgenössische Aussenpolitik als Normalfall unter den europäischen neutralen Staaten. Obwohl einige gute, übergreifende Thesen am Ende der Arbeit formuliert werden, hätte es der Autor jedoch noch stärker wagen können, analytische Synthesen vorzunehmen. Eine solche theoretische Rückbindung der Forschungsergebnisse hätte den Wert der Arbeit stärker unterstrichen.

Julian Wettengel, Europainstitut, Universität Basel

Thomas Brückner, **Hilfe schenken. Die Beziehungen zwischen dem IKRK und der Schweiz 1919–1939,** Zürich: NZZ Libro, 2017, 272 Seiten, 13 Abbildungen.

Auch heute noch werden die offizielle Schweiz und das Rote Kreuz oft im gleichen Atemzug genannt. Das helvetische Eigen- und Fremdbild als humanitäre Nation begründet sich im Wesentlichen mit dem Roten Kreuz, und dieses wiederum sieht in einer international mit der Schweiz assoziierten Neutralität ein unabdingbares Mittel des eigenen Erfolgs. Diese Verbindung besteht eigentlich seit der Gründung des Roten Kreuzes. Doch es war in der Zwischenkriegszeit, in der sie sich intensivierte und ein Verhältnis gegenseitiger Identifizierung und Abhängigkeit entstand, das dann vor allem während des Kalten Krieges dominierte.

Diese Entwicklungen der Zwischenkriegszeit zeichnet die Dissertation von Thomas Brückner nach. Ausgehend vom Konzept des Gabentausches von Marcel Mauss (S. 15–22) analysiert er die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem IKRK. Er tut dies anhand von drei Bereichen: der Entwicklung des humanitären Völkerrechts, des institutionellen Wandels und schliesslich der – wie es der Verfasser nennt – Selbst- und Fremdbeschreibungen. Diesen drei Abschnitten vorangestellt ist ein Kapitel, das den Stand der Literatur zusammenfasst und einen Abriss über die internationale humanitäre Ereignisgeschichte zwischen 1919 und 1939 bietet.

Der Erste Weltkrieg ist als die «erste grosse Bewährungsprobe» des IKRK bezeichnet worden.[7] Neben der traditionellen Verwundeten- und Krankenversorgung rückte die Kriegsgefangenenbetreuung in den Fokus des IKRK. Die dabei gesammelten Erfahrungen mündeten 1929 in eine internationale Konvention zur Behandlung von Kriegsgefangenen. Sie bedeutete eine beträchtliche Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechtes und brachte eine Ausweitung des Tätigkeits- und Aufgabenfeldes des IKRK mit sich. Auch Massnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten waren Gegenstand von internationalen Konferenzen. Das IKRK und die Schweiz arbeiteten bei diesen Dossiers eng zusammen. Der Gabentausch zwischen dem IKRK und der Schweiz war offensichtlich: Ersteres konnte auf diplomatische und fachliche Ressourcen der Schweiz zurückgreifen – so sassen nun etwa aktive Bundesräte wie Gustave Ador und Giuseppe Motta in den Reihen des IKRK. Mit Max Huber nahm zudem ein herausragender Jurist im Gremium Einsitz, der vor seinem Engagement in Genf Vorsitzender des Schiedsgerichtshofes in Den Haag gewesen war. Von 1928 bis 1944 diente er dem IKRK als Präsident. Seine Person war katalytisch für die Verknüpfung von IKRK und Schweiz wie auch für die rechtliche Entwicklung: «In Hubers Reden über Recht fanden internationales Recht, Schweizer Recht und humanitäres Recht zusammen.» (S. 93). Die Schweiz wiederum gewann durch die Verbindung mit dem IKRK Legitimation für das eigene Anliegen der Weiterentwicklung des Völkerrechts, was nach dem Beitritt zum Völkerbund und dem Übergang zur differenziellen Neutralität als essentiell angesehen wurde. Dieser Gabentausch blieb auch weiterhin gültig, nachdem sich ab Anfang der 1930er Jahre der Horizont verdüsterte. Das IKRK betonte nun die Notwendigkeit der Neutralität für ein effektives humanitäres Handeln, und für die Schweiz wurde die Wahrnehmung der Humanität in Kriegszeit nach der Rückkehr zur Doktrin der integralen Neutralität zu einem wichtigen Element der Aussenpolitik. Erst jetzt nahm das Selbst- und Fremdbild der Schweiz als humanitäre Nation schärfere Konturen an – ein Bild, das bereits auf die spätere Maxime der schweizerischen Aussenpolitik von «Neutralität und Humanität» verwies (S. 99–108). Mit der gegenseitigen Identifizierung von Schweiz und Rotem Kreuz wuchs allerdings auch die gegenseitige Abhängigkeit, wie der Verfasser betont.

Auch im Abschnitt über den institutionellen Wandel geht es um die wechselseitige Nutzenstiftung durch Gabentausch. Die 1920er Jahre waren geprägt von der Rivalität zwischen dem IKRK und der 1919 gegründeten Liga der Rotkreuzgesellschaften. Für das IKRK war die Anlehnung an die Schweiz eine der Strategien, um sich im Streit mit der Liga und vor allem den viel finanzkräftigeren Ländergesellschaften (z. B. dem Amerikanischen Roten Kreuz) zu behaupten. Damit verbunden war eine Öffnung des IKRK für

7 Daniel-Erasmus Khan, Das Rote Kreuz. Geschichte einer humanitären Weltbewegung, München 2013 (C.H.Beck Wissen), S. 58.

Schweizerinnen und Schweizer von ausserhalb des engen Zirkels von protestantischen männlichen Genfern.

Der dritte Abschnitt der Untersuchung widmet sich schliesslich der zunehmenden Praxis des gegenseitigen Ehrens und rhetorischen Wohlwollens. Neu war dieser Diskurs nicht: Gewisse Metaphern wie zum Beispiel jene von Genf (und damit der Schweiz) als der «Wiege» der weltweiten Rotkreuzbewegung, waren lange vor der Zwischenkriegszeit gängig. Sie wurden nun aber verstärkt aufgegriffen. Die Gründerfigur Henry Dunant wurde im Sinne der Schweiz vereinnahmt: Stellte ihn ein Porträt aus der Feder des Genfer Historikers Alexis François Dunant nicht als besonders glühenden Patrioten dar (was mit den Quellen übereinstimmte), zeichnete Max Huber in einem NZZ-Artikel aus dem gleichen Jahr ein Bild, in dem Dunant, das Rote Kreuz und die Schweiz regelrecht verschmolzen (S. 190–91).

Hilfe schenken ist eine solide Doktorarbeit aus der Werkstatt des emeritierten Zürcher Ordinarius Jakob Tanner. Sie ist in einer klaren, knappen Sprache formuliert und liest sich flüssig. Der Verfasser argumentiert stringent mit dem Konzept des Gabentausches. Kritikpunkte gäbe es höchstens im Gestalterischen: Längere Zitate hätten durch textliche Absetzung besser hervorgehoben werden können. Das Tabellen- und Abbildungsverzeichnis verfügt über keine Seitenzahlen. Und es bleibt etwas unklar, nach welchen Kriterien die sparsam verwendeten Bilder ausgewählt wurden. Keiner dieser Punkte tut dem Wert der Publikationen Abbruch.

Rolf Tanner, Zollikon

Heiko Haumann, **Die Akte Zilli Reichmann. Zur Geschichte der Sinti im 20. Jahrhundert,** Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag, 2016, 358 Seiten, 17 Abbildungen.

Die bewegende Lebensgeschichte der Sintiza, der Sintifrau, Zilli Reichmann (*1924), schildert der Autor im Rahmen der Sozial- und Kulturgeschichte der ethnischen Minderheit der deutschsprachigen Sinti. Heiko Haumann definierte während seiner ersten Begegnung mit Zilli Reichmann im September 2014 die korrekte Terminologie. Zilli und ihre Verwandten empfinden sich als *Zigeunerinnen und Zigeuner.* Wenn dieser Begriff pejorativ benutzt wird, setzt ihn Haumann in Anführungszeichen, sonst verwendet er die Verbindung *Sinti und Roma.*

Die Familie Reichmann wanderte zwischen Thüringen, Sachsen, Bayern und Westböhmen, woher sie ursprünglich stammte. Dort in Eger (Cheb) gebar Zilli im Mai 1940 ihre Tochter Gretel, die den Taufnahmen Ursula erhielt. Die Sinti und Roma tragen neben dem offiziellen Vornamen einen Rufnamen, auch Zilli wurde Cäcilia getauft. Ihre Familie war katholisch, verehrte jedoch ihre Ahnen, die sogenannten *Mulos,* und lebte entsprechend dem traditionellen Brauchtum. Da der Vater ein Wanderkino betrieb, wurde die Familie in den Dörfern freundlich aufgenommen. Mit dem gesetzlichen Antiziganismus wurde sie in der Weimarer Republik kaum konfrontiert.

Einen kruden Wechsel brachten die nationalsozialistische Machtergreifung von 1933 und die Nürnberger Rassengesetze von 1935. In Berlin wurde die «Rassenhygienische und bevölkerungsbiologische Forschungsstelle» eingerichtet, die mit der Kriminalpolizei eng verbunden war. Zu den Vorbildern des Forschungsleiters Robert Ritter zählten die Zürcher Eugeniker Auguste Forel und Eugen Bleuler, bei denen er als Oberarzt von 1931 bis 1932 Erfahrungen gesammelt hatte. Nach 1933 teilte er Sinti und Roma in pseudowissenschaftliche Kategorien ein, nach denen etwa 90 % sogenannte «Zigeunermischlinge» bildeten, die als «asozial und arbeitsscheu» charakterisiert wurden. Ritters Stellvertreterin, Eva Justin, die von ihren Opfern *Loli Tschai* (rothaariges oder bösartiges Mädchen) genannt wurde, verfasste eine Dissertation zu diesem Thema. Circa 30'000 deutsche und österreichische Sinti und Roma wurden gemäss den genetischen und genealogischen Gutachten der Rassenhygieniker ab Frühjahr 1938 in Konzentrationslager deportiert.

Die Familie Reichmann flüchtete 1941 ins Elsass, um sich vor den Massnahmen zur «Bekämpfung des Zigeunerwesens», die vergleichbar mit den antijüdischen Gesetzen waren, zu retten. Zilli wurde jedoch zusammen mit ihrem jüngeren Bruder Otto und zwei Cousinen am 8. Juli 1942 in Strassburg verhaftet. Ihr Leidensweg durch verschiedene Gefängnisse endete im November im «Zigeunerarbeitslager» Lety in Südböhmen. Von dort wurden sie mit den tschechischen Sinti nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Nach ihrer Ankunft am 11. März 1943 trafen sie im neu eingerichteten «Zigeunerlager» ihre Grossfamilie wieder.

Heiko Haumann berichtet detailliert über die Geschichte und Strukturen dieses Lagers. Er zeichnet Porträts der SS-Leute und der «Funktionshäftlinge», denen prominente Hilfsaufgaben in der Lagerhierarchie oblagen. Ein Kapitel widmet er dem berüchtigten Arzt Josef Mengele.

Der «Lagerälteste» Hermann Dimanski, ein Kommunist und Spanienkämpfer, verliebte sich in die schöne Zilli. Er gehörte zur politischen Widerstandsorganisation, die Häftlinge unterstützte und er half auch der Familie Reichmann. Dimanski bewirkte, dass Zilli, ihr Bruder Otto und eine Cousine mit anderen arbeitsfähigen Häftlingen am 2. August 1944 Auschwitz verlassen konnten. In der folgenden Nacht wurden alle 2'897 Inhaftierten des «Zigeunerlagers» ermordet, auch die Familie Reichmann. Der erste Versuch, dieses Lager zu liquidieren, war am 16. Mai desselben Jahres am verzweifelten Widerstand der Sinti und Roma gescheitert.

Zilli und ihre Cousine Tilla wurden ins KZ Ravensbrück deportiert, dann in ein Aussenlager des KZ Sachsenhausen, wo sie in der Rüstungsindustrie arbeiteten. Dort verhalf ihnen ein Zivilarbeiter am 24. Februar 1945 zur Flucht. Es gelang ihnen, zu ihrem Onkel in Berlin-Marzahn zu flüchten und von dort unter falschen Namen weiter nach Niederösterreich. Nach dem Krieg kehrte Zilli nach Deutschland zurück und heiratete einen überlebenden Sinto, den Musiker Anton Schmid. 1988 trat Zilli auch als Zeugin in einem Prozess über das «Zigeunerlager» auf.

Heiko Haumann beschreibt die absurden Probleme bei den Entschädigungsverfahren in der BRD. Die Gerichte stützten sich bis in die 1960er Jahre auf die rassenhygienischen Gutachten und ihre diskriminierenden Vorurteile gegenüber «Zigeunern». Zilli und Anton Schmid mussten bis Ende der 1970er Jahre kämpfen, um eine Entschädigung und normale Rente zu bekommen. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch die Organisationen der Sinti und Roma, die sich für die Rechte der Überlebenden einsetzten. Haumann berichtet in seinem sorgfältig recherchierten Buch aber auch über die positive Tätigkeit der Stadtbehörden und Vereine, die sich für die Integration der Sinti und Roma engagieren, zum Beispiel in Freiburg im Breisgau.

Helena Kanyar Becker, Basel

Francesco Garufo, **L'emploi du temps. L'industrie horlogère suisse et l'immigration (1930–1980)**, Lausanne: Éditions Antipodes, 2015 (coll. Histoire), 341 pages, illustrations.

Dans cette version remaniée de sa thèse de doctorat, Francesco Garufo propose une histoire des migrations et de l'emploi dans la branche horlogère suisse entre 1930 et 1980. La grande force de cet ouvrage réside dans l'approche pluridisciplinaire adoptée et la multiplicité des types de sources (histoire orale, statistiques, archives d'entreprise, archives syndicales, archives communales du pays de départ et archives cantonales de la région d'immigration). Pour aboutir à cette analyse à 360° degrés, F. Garufo allie les concepts théoriques issus de l'histoire des migrations, l'histoire politique, industrielle, entrepreneuriale ou encore sociale. Il analyse autant les perspectives macro-économiques que la réalité micro-économique.

La première partie de l'ouvrage est consacrée aux régulateurs que sont l'État, les organisations horlogères et syndicales. La période 1958–1974 est la plus intéressante, car l'auteur montre avec finesse toute la dichotomie de la situation durant ce laps de temps. Au sortir de la Seconde Guerre mondiale, la branche horlogère est encore fortement empreinte de la politique cartellaire mise en place par ses membres au début des années 1930. Aussi les horlogers veillent-ils à maîtriser la croissance de leur appareil de production en régulant les autorisations d'engagement accordées aux entreprises. Craignant une transplantation des savoir-faire au-dehors des frontières, les horlogers défendent leur industrie vis-à-vis de la concurrence étrangère. Pour cela, ils renoncent à engager du personnel étranger. Cette situation de «non-ouverture» s'oppose à l'attitude de l'État fédéral plutôt enclin à l'arrivée de migrants pour soutenir une économie en plein boom. La tendance s'inverse dès 1958. La branche horlogère adopte alors un assouplissement des mesures cartellaires tandis que l'État fédéral – confronté aux débats sur la surchauffe économique et la peur du surnombre – adopte dès 1960 des mesures restrictives. Les industriels horlogers cherchent alors à contourner les quotas imposés.

La deuxième partie s'intéresse à la politique de recrutement adoptée durant cette période par la manufacture horlogère Tissot. Au fil des décisions prises par le cartel et l'État fédéral, elle modifie ses bassins de recrutement.

Jusqu'à la fin du second conflit mondial, la demande de main-d'œuvre étrangère est très marginale. Dès le début des années 1950, la branche horlogère suisse connaît une forte augmentation des commandes. La transformation et l'automatisation des ateliers entraînent parallèlement un changement dans les besoins en personnel. Désormais, les fabricants horlogers recherchent en grand nombre une main-d'œuvre peu qualifiée mais de grande dextérité. Pour parer à ce manque de personnel, la maison Tissot complète ses effectifs en engageant des ouvrières tessinoises et valaisannes.

À partir de 1956 – date à laquelle le cartel commence à assouplir ses mesures cartellaires en matière de recrutement –, la manufacture Tissot recrute en Italie. À grand renfort de statistiques, F. Garufo étudie avec minutie les bassins de recrutement qui, d'abord confinés à l'Italie du Nord, s'étendent à travers le temps vers le sud du pays. La main-d'œuvre est essentiellement jeune, féminine et célibataire. Ces migrants jouent alors le rôle d'amortisseur conjoncturel souhaité par les autorités helvétiques. Lors du ralentissement économique de 1958, ils sont alors renvoyés dans leur pays d'origine au grand dam de l'entreprise Tissot qui apprécie leur aptitude de travail.

Dès 1960, la société Tissot recrute du personnel frontalier qualifié en horlogerie. Pour l'employeur loclois, cette main-d'œuvre ne nécessite pas la création de logements contrairement au personnel tessinois, valaisan ou encore italien. De plus, les frontaliers sortent dès 1966 des effectifs soumis au contingentement étatique. Cette particularité permet alors à l'entreprise d'engager ce personnel sans demander d'autorisation spéciale aux autorités administratives helvétiques.

Pour cette deuxième partie liée à la pratique des entreprises horlogères, F. Garufo admet qu'il aurait fallu multiplier les cas d'étude. Il aurait en effet été intéressant d'étudier les bassins de recrutement privilégiés par une entreprise installée hors de la zone transfrontalière (10 km de part et d'autre) durant les années 1960 tandis que la maison Tissot engage massivement du personnel transfrontalier.

Dans la troisième et dernière partie, F. Garufo donne la parole aux acteurs (migrantes italiennes, frontaliers et cadres suisses). En adoptant les méthodes issues de l'histoire orale, l'auteur éclaire les deux précédentes parties par le ressenti et le vécu des ouvrier-ère-s au quotidien. Il souligne ainsi la singularité et les similitudes des expériences individuelles.

Il retrace le parcours des migrants depuis leur lieu d'origine en Italie (Roncola) jusqu'à leur lieu de travail en Suisse. Leur récit permet de dresser une typologique de la migration: le clivage de genre (homme/femme), les canaux de recrutement, les allers-retours au pays, les motivations individuelles, l'influence des réseaux ou encore le traumatisme de la visite médicale à la frontière. F. Garufo met également en évidence la

mobilité des migrants en Suisse. Ces derniers changent d'employeurs, de régions, parfois de métiers.

Ensuite, F. Garufo s'interroge sur le flux des transfrontalier-ère-s déjà actifs dans le secteur de l'horlogerie française, à leur mobilité verticale, à leur motivation, à leur précarité lors de la crise horlogère qui éclate dès 1974. Il évoque également les discussions menées entre les autorités françaises et helvétiques au sujet des frontalier-ère-s (assurance maladie, sécurité sociale, participation financière à l'aménagement des infrastructures routières, etc.).

Dans son ouvrage, F. Garufo embrasse dans un même regard les flux migratoires internationaux, nationaux et frontaliers. Par son analyse fine et tripartite, il montre que les différents acteurs de la branche horlogère appréhendent une même situation de manière souvent différente. Les chronologies des «régulateurs», des entreprises et des migrants se superposent, s'éloignent ou encore se rapprochent au fil des événements. Par cette étude, F. Garufo aborde l'histoire économique et sociale d'une manière originale et encore relativement méconnue. Il a également le mérite de donner la parole aux individus et ainsi colorer les faits historiques de leurs souvenirs, leurs perceptions et leurs vécus.

Helene Pasquier, Neuchâtel

Raphaëlle Ruppen Coutaz, **La voix de la Suisse à l'étranger. Radio et relations culturelles internationales (1932–1949)**, Neuchâtel: Alphil, 2016 (Politiques et échanges culturels), 518 pages.

Le Service suisse des ondes courtes (SOC), créé en 1938, était jusqu'à présent resté en marge des études sur les médias comme sur les relations culturelles internationales. Mentionné régulièrement comme un acteur dont l'importance paraissait indéniable, il restait toutefois largement méconnu. La thèse de Raphaëlle Ruppen Coutaz comble ainsi une lacune importante de l'historiographie.

S'appuyant principalement sur les archives papier du SOC, classées en 2011 – les archives sonores ont malheureusement disparu –, l'historienne retrace les premières années d'existence du SOC et cherche à analyser son importance dans «l'intensification des relations culturelles internationales de la Confédération» (p. 13). L'ouvrage est organisé en trois parties chronologiques qui questionnent chacune le développement du média en lui-même, analysent son rôle dans le développement des relations internationales et l'intègrent à une histoire des organisations internationales liées à la radiodiffusion.

La première partie (1932–1938) revient sur la mise en place des premières émissions de radio sur ondes courtes par le Service Suisse de Radiodiffusion. Celui-ci fait partie des précurseurs en Europe et s'inspire notamment du modèle britannique. Les radios diffusant sur ondes courtes sont depuis les années 1930 un moyen privilégié pour atteindre des publics dans le monde entier. Alors que les communications intercontinentales sont lentes ou onéreuses, la radio permet de transmettre aux Suisses de l'étranger les nouvelles du pays, mais aussi de nourrir leur lien avec leur pays d'origine, activité d'autant

plus importante que les expatrié·e·s sont considéré·e·s comme des ambassadeurs de la culture helvétique alors que le système diplomatique reste encore peu développé.

La deuxième partie de l'ouvrage (1938–1943) présente la fondation du SOC proprement dit et sa réorientation vers des publics plus diversifiés. L'éclatement de la guerre et le consensus très fort qui imprègne les protagonistes de cette histoire, tout comme la subordination du SOC à la direction générale du Service de la Radiodiffusion, influencent grandement les programmes, qui servent à diffuser la ligne officielle du Conseil fédéral à l'étranger. Le SOC est alors, avec le Secrétariat des Suisses de l'étranger, la seule structure capable d'incarner le volet extérieur de la Défense spirituelle telle que préconisée par le Message sur la culture du 9 décembre 1938.

La troisième partie de cette étude (1943–1949) couvre les années durant lesquelles le SOC devient un véritable instrument pour diffuser une image favorable de la Suisse à l'étranger, en particulier en direction des Alliés. Jusqu'en 1945, voire 1949 avec la réorganisation de Pro Helvetia et de sa section de rayonnement culturel, la question est en effet laissée dans les mains du Secrétariat des Suisses de l'étranger et des ondes courtes. Les responsables des ondes courtes se plient d'eux-mêmes à cette mission, sans percevoir «l'emprise des autorités politiques helvétiques comme une entrave à leur liberté diplomatique» (p. 444).

R. Ruppen Coutaz estime ainsi que le SOC peut être considéré comme un acteur diplomatique informel, qui a contribué de manière essentielle au rayonnement de la Suisse à l'étranger et à la création et propagation d'une image positive du pays. Vecteur d'un message politique unilatéral et d'une pensée réactionnaire (p. 261), le SOC a pourtant en parallèle bataillé pour s'intégrer dans les diverses organisations internationales de radiodiffusion, et préparé ainsi le terrain à la réintégration du pays sur la scène des échanges culturels internationaux.

L'ouvrage de R. Ruppen Coutaz apporte une contribution importante à l'histoire des médias helvétiques. Mais c'est bien plus que cela. Cette étude nous plonge dans les débuts de la diplomatie publique suisse et éclaire sous un angle original la Défense nationale spirituelle. À cet égard, la périodisation adoptée est particulièrement pertinente. Les années 1932–1949 s'avèrent déterminantes dans la mise en place d'une diplomatie qui combine initiatives privées et étatiques, ce qu'on appellera bien plus tard une diplomatie publique.

Elle comporte des pratiques qui vont de la diplomatie culturelle aux échanges internationaux, en passant par les enquêtes d'opinion, les activités de plaidoyer en faveur du pays et la radiodiffusion, pour chercher à convaincre l'étranger du bien-fondé de la politique suivie par le pays émetteur. Ce dispositif de légitimation se met en place en Suisse dès la seconde partie des années 30, d'abord par l'initiative des acteurs privés, pour être progressivement, durant la Guerre froide, investi par la Confédération. Ce qui est remarquable ici, et l'ouvrage de Ruppen Coutaz le montre très bien, c'est la grande homogénéité des acteurs et leur relative indépendance formelle face à l'État. Celui-ci n'a

pas à intervenir, car tous (en effet, à la notable exception d'Alice Briod, du Secrétariat des Suisses de l'étranger, les femmes sont absentes de cette histoire) sont imprégnés des valeurs de la Défense nationale spirituelle, qui les poussent à diffuser une image flatteuse du pays et à relayer les positions du Conseil fédéral. Comme le souligne l'auteure, c'est donc moins la Voix des Suisse·sse·s qui se fait entendre sur les ondes courtes, que la Voix des autorités.

À partir de 1949, le SOC concentre davantage d'attention à l'Asie et aux pays du Tiers Monde. Il doit également coordonner son travail avec un nombre croissant d'acteurs des relations internationales, comme Pro Helvetia par exemple. L'étude s'arrête sur ces nouveaux défis posés au SOC dont les émissions ont perduré jusqu'en 2004. Le champ de recherche est donc loin d'être clos.

Pauline Milani, Université de Fribourg

Takuma Melber, **Pearl Harbor. Japans Angriff und der Kriegseintritt der USA,** München: C.H. Beck, 2016, 223 Seiten, 5 Abbildungen.

Takuma Melbers Buch zum japanischen Überfall auf den Stützpunkt der US-Pazifikflotte in Pearl Harbor im Dezember 1941 erschien pünktlich zum 75. Jahrestag. Dieses wichtige Ereignis, welches den Zweiten Weltkrieg im Pazifik einläutete und die Kriegserklärung Deutschlands an die Adresse der USA zur Folge hatte, wurde in den letzten Jahrzehnten von Historikern bereits zur Genüge untersucht und bahnbrechende neue Ergebnisse können deshalb wohl kaum erwartet werden.

Melbers Werk ist in vier Hauptteile gegliedert. Im ersten und längsten Teil wird diplomatiehistorisch die Vorgeschichte beschrieben. Melber erklärt hier ausführlich, wie sich in den Jahrzehnten vor dem Angriff auf Pearl Harbor ein Antagonismus zwischen Japan und dem Westen, vor allem aber den USA, entwickelt hatte. In diesem Teil wird aufgezeigt, dass es für Japan zwar theoretisch Möglichkeiten gab, einen Krieg gegen die USA mittels Diplomatie zu vermeiden, dies aber praktisch nie eine akzeptable Option war. Vor allem aufgrund des 1937 begonnenen Zweiten Chinesisch-Japanischen Kriegs und der vorgängigen Besetzung der Mandschurei und den damit verbundenen Forderungen der Vereinigten Staaten stand zu viel auf dem Spiel. Ein Rückzug aus der Mandschurei hätte international sowohl einen Gesichtsverlust als auch das Ende der japanischen Expansion bedeutet und wäre innenpolitisch wohl kaum rechtfertigbar gewesen, vor allem angesichts der Ressourcen, die Japan bereits in den Krieg gegen China investiert hatte.

Im zweiten Teil wird der japanische Kriegsplan eingehend erläutert. In diesem Teil kann Melber von seinen Japanischkenntnissen Gebrauch machen und herausgekommen ist ein Kapitel, welches das Dilemma, in welchem sich die japanische Militärführung befand, deutlich macht: Das Hauptziel Japans war es, den Krieg in China zu beenden, aber dazu fehlten Ressourcen. Diese konnten nicht wie bis anhin aus den USA bezogen werden, da diese im Gegenzug den Rückzug Japans aus China forderten. Um sich die Ressourcen zu sichern, waren Eroberungen im asiatischen Raum notwendig, wobei Japan

klar war, dass dies mit grosser Wahrscheinlichkeit zu einem Konflikt mit den USA führen würde. Der Angriff auf Pearl Harbor war der japanische Versuch, die US-Pazifikflotte zu neutralisieren, sodass diese nicht oder nur verspätet eingreifen konnte. Auch für Militärhistoriker enthält dieses Kapitel viele interessante und relevante Details, zum Beispiel zu Flugzeugträgern.

Das dritte Kapitel ist eine gelungene Darstellung des Angriffs auf den Stützpunkt der US-Pazifikflotte in Pearl Harbor. Es ist nicht nur dem Luftangriff gewidmet, sondern auch weniger bekannte Aspekte des Angriffs wie etwa der Einsatz von U-Booten finden Beachtung. Im letzten Kapitel zieht Melber zunächst eine Bilanz des Angriffs. Danach wird der Kriegseintritt der USA beschrieben, gefolgt von der Geschichte des ersten japanischen Kriegsgefangenen der USA. Auch die Internierung von japanisch-stämmigen Personen in den USA wird sehr kurz betrachtet, gefolgt von Kapiteln dazu, ob der Angriff hätte verhindert werden können, zu Verschwörungstheorien rund um das Ereignis sowie zu weiteren (gescheiterten) Versuchen der Japaner, die Amerikaner auf eigenem Territorium anzugreifen. Den Schluss des Buches bildet ein Epilog, welcher auf die Kapitulation Japans im Spätsommer 1945 eingeht.

Melbers Buch ist ein flüssig geschriebenes und gut lesbares kurzes Überblickswerk. Die fiktive Erzählung am Anfang des Buches sowie einige etwas blumige Details muten etwas seltsam an für ein historisch fundiertes Werk. Was das Buch von ähnlichen Werken abhebt ist der Einbezug japanischer Quellen. So sind herkömmliche Werke zum Konflikt im Pazifik oft sehr USA-lastig. Etwas schade ist, dass die Anmerkungen zum Teil eher knapp sind. So wären doch, vor allem auch bei japanischen Quellen, genauere Verweise sehr interessant gewesen, zumindest für Historiker, die mit der Thematik gut vertraut sind. Auch wenn das Einführungskapitel zur Vorgeschichte etwas zu lang geraten ist, gibt es doch den Hintergrund, inklusive insbesondere auch die Bedeutung des Zweiten Chinesisch-Japanischen Krieges, sehr gut wieder. Der Angriff auf Pearl Harbor wird klar in den internationalen Kontext und die zunehmenden Spannungen zwischen Japan und dem Westen eingebettet. Was ebenfalls und zu Recht erwähnt wird, ist, dass der Angriff auf Pearl Harbor nicht isoliert ausgeführt wurde, sondern Teil eines ausgeklügelten Planes mit gleichzeitig durchgeführten Angriffen auf die Territorien anderer Mächte, wie zum Beispiel auf British Malaya, war. Ebenfalls erwähnenswert ist, dass, anders als in vielen anderen westlichen Untersuchungen zu Pearl Harbor, Spannungen und Differenzen zwischen den verschiedenen japanischen Entscheidungsträgern aufgezeigt werden. Hier wird sehr schön herausgearbeitet, wie es in den Kreisen der japanischen Entscheidungsträger oft an Kommunikation und ehrlichen Einschätzungen mangelte, auch aufgrund des eigenen Stolzes. Auch wird klar aufgezeigt, dass sich der Architekt des Angriffs auf Pearl Harbor, Admiral Yamamoto Isoroku, den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Konsequenzen des Angriffs sehr wohl bewusst war, es aber schlicht keine andere Option zu geben schien. Sehr gelungen ist das Kapitel zum Angriff, welches quellennah und übersichtlich die Ereignisse beschreibt und auf sehr eingängige Art und Weise die Diskussion,

was passiert wäre, hätte Kommandant Nagumo eine dritte Angriffswelle befohlen, aufgreift. Auch die Abschnitte zu japanischen Spionen auf Pearl Harbor, welche in vielen Werken zum Angriff nicht erwähnt werden, bereichern dieses Kapitel.

Die Schlussfolgerung zeigt die Folgen von Pearl Harbor und die Bedeutung dieses Angriffs für den Zweiten Weltkrieg im Allgemeinen sehr gut auf, allerdings hätte dieses Kapitel auf Kosten des Einführungskapitels durchaus etwas länger sein können und die Implikationen und Konsequenzen des Angriffs etwas genauer beleuchtet und analysiert werden können. Diesem letzten Hauptkapitel fehlt allgemein der rote Faden. Auch eine Einordnung in den Kontext des folgenden, fast vierjährigen Kriegs zwischen Japan und den Alliierten in Asien fehlt praktisch ganz. Dies wäre sehr begrüssenswert gewesen, steht doch die Bedeutung des Angriffs auf Pearl Harbor absolut ausser Frage. Auch wenn das Buch keine revolutionären Ergebnisse zutage fördert, ist diese kurze, gut lesbare Darstellung auf Deutsch doch sehr zu empfehlen.

Tamara Braun, Bern

Thomas Bürgisser, **Wahlverwandtschaft zweier Sonderfälle im Kalten Krieg. Schweizerische Perspektiven auf das sozialistische Jugoslawien, 1943–1991,** Bern: Diplomatische Dokumente der Schweiz, 2017 (Quaderni di Dodis 8), 640 Seiten, 48 Abbildungen.

Thomas Bürgisser präsentiert mit seiner Basler Dissertation eine gehaltvolle und exemplarische Studie zu den schweizerisch-jugoslawischen Beziehungen der Nachkriegsjahre und der Zeit des Kalten Krieges. Er füllt damit eine konkrete historiografische Lücke in der Geschichte der Schweizer Aussenbeziehungen und zeigt zugleich in vorbildlicher Weise, wie sich die schwierige Aufgabe der Erfassung und Untersuchung bilateraler Verhältnisse meistern lässt. Analoges ist in der alten Schule Bonjour beispielsweise von Adolf Lacher (1967) für Frankreich und die Jahre vor 1914 und in jüngerer Zeit für Deutschland nach 1945 von Therese Steffen Gerber (2002), Markus Schmitz (2003) und Antoine Fleury u.a. (2004) unternommen worden. Bürgisser erfüllt seine Aufgabe in klassischer Weise und mit erhöhtem wissenschaftlichen Anspruch. Das klassische Programm besteht darin, dass die politisch-humanitären, wirtschaftlichen, militärischen, kulturellen, medialen und in diesem Fall besonders wichtigen migratorischen Dimensionen der Beziehungen erfasst werden. Das Bestreben, den gesteigerten Anforderungen an Wissenschaftlichkeit zu genügen, zeigt sich in der Berücksichtigung der kognitiven Prozesse, der Wahrnehmungsproblematik, die eben davon ausgeht, dass die Dinge nicht einfach sind, sondern auf Grund von Prädispositionen und entsprechenden imagologischen Zuschreibungen gesehen und empfunden werden.

Bürgisser hat einen enorm breit angelegten Quellenkorpus ausgewertet, der neben Primärakten aus zahlreichen Archiven auch Zeitungen und abgelegene Sekundärliteratur sowie Einschätzungen von Zeitzeugen umfasst. Die einzelnen Kapitel beeindrucken durch ihre Faktendichte, doch abgerundet werden sie jeweils mit Zwischenfazits, welche die Ergebnisse wieder auf die leitenden Fragen ausrichten. Diese gelten den wegleitenden

Vorstellungen einer schweizerisch-jugoslawischen Wahlverwandtschaft von entweder fast gleichartigen oder sich doch ergänzenden Sonderfällen, etwa hinsichtlich «Vielvölkerschaft», Selbstverwaltung, Föderalismus, Unabhängigkeitswillen, Abgrenzung gegen den «Osten», Ähnlichkeit zwischen Neutralität und Blockfreiheit und, wenn's sein musste, sogar in landschaftlicher Hinsicht. Dies und die sehr ausgeprägten Interessen der schweizerischen Wirtschaft an Jugoslawien liessen die beiden Länder bemerkenswert nahe erscheinen, obwohl beträchtliche Unterschiede besonders hinsichtlich der Qualität der Demokratie und des Wohlstandsniveaus vorlagen. In einer wechselwirkenden Dynamik könnten konkrete Interessenwahrnehmungen zwischen den beiden Ländern ein positives Bild genährt und dieses Bild wiederum weitere konkrete Realisierungen gefördert haben.

Die orientalistische Vorstellung, wonach der Balkan eine rückständige Region sei (sein müsse), spielte im Untersuchungszeitraum keine Rolle, sie war, sofern weiter vorhanden, überdeckt von anderen Imaginationen. In einem einleitenden Kapitel führt uns Bürgisser ins 19. Jahrhundert zurück und zeigt, dass es bereits damals verklärende Jugoslawienbilder gab. Ausgehend von den kritischen, ja feindseligen Bewertungen, mit denen jugoslawische Herkunft in der Schweiz der 1990er Jahre bedacht worden ist, ruft Bürgisser in Erinnerung, dass Jugoslawien aus schweizerischer Sicht jahrzehntelang eine ausgesprochen positive Wahrnehmung genossen hat. Der Imageverlust nach 1990 war derart radikal, dass sozusagen keine kollektiven Erinnerungen an das positive Balkanbild übriggeblieben sind.

Bürgisser ist es ein Anliegen, die grosse Diskrepanz zwischen den beiden Jugoslawienbildern zu zeigen: auf der einen Seite das uns aus den 1990er Jahren bekannte negative und auf der anderen Seite das völlig in Vergessenheit geratene positive Bild der Jahrzehnte zuvor. Indem er einleitend das positive Bild bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgt, könnte er indirekt den Eindruck begünstigen, dass es in jener Zeit nicht auch negative Balkan-Stereotype gegeben hätte. Dank der auch von Bürgisser (S. 27) kurz angesprochenen Studie von Maria Todorova (erschienen 1997/99 und besprochen in der SZG 3/2000) wissen wir jedoch, wie sehr solche gerade damals virulent waren. Wenn in jüngerer Zeit die exjugoslawische Krisenregion in den Medien mit einem modernen Dampfkochtopf symbolisch gleichgesetzt worden ist, könnte dies eine unbewusste oder halbbewusste Wiederaufnahme des alten Bildes des südwesteuropäischen Hexenkessels sein und wären die in den 1990er Jahren aufgekommenen Negativbewertungen ebenfalls eine Reaktivierung älterer Bestände. Dass auch in der Schönwetterphase die dunklen Bilder der primitiven Balkanmenschen abrufbar waren, zeigen die Urteile des schweizerischen Botschafters in Belgrad im Frühjahr 1973 über die Menschen, «die aus einer ganz anderen Welt stammen» (S. 554).

Wie es auch und gerade hochstehenden wissenschaftlichen Leistungen eigen ist, zeigt auch Bürgissers Arbeit auf, was weiter geklärt werden könnte oder müsste: Da steht im Vordergrund die Frage, wie die einzelnen Beziehungssektoren (Politik neben Wirtschaft neben Kultur und Sport) aufeinander gewirkt haben und in welchem Mass der

Bundesrat als zentrale Instanz dies koordinierte oder hätte koordinieren können. Und im Weiteren wären vergleichende Blicke auf die deutschen und österreichischen Beziehungen zu Jugoslawien erhellend und würden möglicherweise das scheinbar spezifisch Schweizerische an den registrierten Haltungen insbesondere in den Bereichen des Tourismus und der Arbeitsmigration etwas relativieren.

Georg Kreis, Basel

Virgine Frachebourd, **L'introduction de l'assurance invalidité en Suisse. Tensions au cœur de l'état social,** Lausanne: Éditions Antipodes, 2015, 214 Seiten.

Vor der Einführung der Invalidenversicherung (IV) 1960 war die Anzahl invalider Personen in der Schweiz nicht bekannt. Zwar hatten private Vereinigungen und gemeinnützige Organisationen bereits seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zahlreiche Enqueten und Erhebungen durchgeführt, die allerdings lokal begrenzt waren oder auf Schätzungen beruhten. Dass wir auch heute noch nicht wissen, wie viele Menschen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts invalid waren, hat nicht nur mit dem Umstand zu tun, dass Invalidität schwer und historisch unterschiedlich definierbar ist. Vielmehr, und das zeigt die aus einer Masterarbeit hervorgegangene Studie von Virgine Frachebourd eindrücklich, ist das Fehlen von grossangelegten statistischen Untersuchungen ein Indiz für das eklatante Desinteresse der Bundespolitik und der eidgenössischen Behörden an den vielfach prekären Lebenslagen von Menschen mit Behinderungen. Wer aufgrund eines Geburtsgebrechens, eines Unfalls oder einer Krankheit invalid geworden war und keiner Erwerbstätigkeit (mehr) nachgehen konnte, musste bis 1960 auf familiäre Hilfe, gemeinnützige Fürsorge oder öffentliche Armenunterstützung hoffen. Auch die Militärversicherung und die Unfallversicherung sowie die vielen Pensionskassen hatten nur eine begrenzte soziale Reichweite und boten nur wenig Schutz im Invaliditätsfall. Bis 1950 existierte nur im Kanton Glarus eine Invalidenversicherung mit allgemeiner Versicherungspflicht.

Warum die IV im internationalen Vergleich so spät eingeführt wurde, legt Virgine Frachebourd im ersten Teil (Kapitel 1 und 3) ihrer Arbeit kenntnisreich dar. Frachebourd nennt eine Reihe von Gründen, welche die verzögerte Sozialstaatsentwicklung erklären. Zu Recht misst sie dem stark bürgerlich geprägten und finanzrestriktiven politischen Milieu der Zwischenkriegszeit, das generell wenig Interesse am Auf- und Ausbau eines umfassenden Systems sozialer Sicherheit bekundete, grosse Bedeutung zu. Sowohl die bürgerlichen Parteien als auch der bis 1943 ausschliesslich aus bürgerlichen Politikern bestehende Bundesrat favorisierten eine dezentrale Lösung: Statt einer als Sozialversicherung konzipierten zentralstaatlichen Einrichtung, wie sie seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung und linken Parteien gefordert wurde, unterstützten sie private Heime für Menschen mit Behinderungen und Hilfsorganisationen mit Subventionen. Hinzu kam, dass sie die Einführung anderer Sozialversicherungszweige priorisierten, allen voran die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV). Weiter erhielt das Projekt einer IV auch von gemeinnützigen Organisationen wenig Unterstützung. Auch die 1920

gegründete Schweizerische Vereinigung für Anormale (seit 1935 «Pro Infirmis» genannt) sah in einer staatlichen Sozialversicherung bis in die 1940er Jahre eine Konkurrenz für das von ihr mitgetragene und über private Spenden und Bundesgelder (ab 1923) finanzierte gemeinnützige Fürsorgesystem. Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, in denen sich Kriegsinvalide nach dem Ersten Weltkrieg zu starken Selbsthilfegruppen zusammenschlossen, gründeten Menschen mit Behinderungen in der Schweiz erst 1930 mit dem Schweizerischen Invaliden-Verband die erste zivilgesellschaftliche Lobbyorganisation, die für die Einführung einer IV kämpfte.

Im zweiten Teil (Kapitel 4 bis 6) der Studie befasst sich Frachebourd mit der Frage, wie es schliesslich Mitte der 1950er Jahre zu einem «retournement complet» (S. 69) kam. Vorausgegangen waren zwei im Frühjahr 1955 eingereichte Volksinitiativen der Partei der Arbeit und der SPS, welche die Einführung der IV forderten. Abgesehen davon, dass die Vorstösse die IV auf die sozialpolitische Agenda setzten, verlangten sie die Ausgestaltung der Versicherung nach dem Prinzip «Eingliederung vor Rente». Dieses Prinzip sah neben Versicherungsleistungen in Form von Renten auch medizinische und berufliche Massnahmen zur Arbeitsmarkintegration vor. Während die Linke zusammen mit den Behindertenorganisationen damit die soziale Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Wachstums- und Wohlfahrtsgesellschaft der Nachkriegszeit fördern wollte, unterstützten die bürgerlichen Parteien und die Arbeitgeberverbände das Prinzip aus Kostengründen. Laut Frachebourd war weiter entscheidend, dass es den wirtschaftsnahen Kreisen gelang, ein äusserst minimalistisches Finanzierungsmodell (tiefe Lohnbeiträge, nicht existenzsichernde Renten) durchzusetzen, das sich im Wesentlichen an dasjenige der AHV und der Erwerbsersatzordnung (EO) anlehnte. Übernommen wurde zudem das Ausgleichskassensystem. Die AHV-Ausgleichskassen, die mehrheitlich von den Arbeitgeberorganisationen geführt wurden, sollten auch für die Erhebung der IV-Beiträge sowie für Entscheide über Leistungen und deren Auszahlung zuständig sein. Insgesamt führte dieses komplexe Zusammenspiel von sozialpolitischen Forderungen und Gerechtigkeitsüberlegungen auf der einen Seite und Finanzkalkülen und wirtschaftlichen Interessen auf der anderen dazu, dass das Bundesgesetz über die Invalidenversicherung auf einen breiten politischen Konsens bauen konnte und 1960 ohne Referendumsabstimmung in Kraft trat.

Virgine Frachebourd ist eine differenzierte und sprachlich gelungene politikhistorische Studie über die Einführung der IV in der Schweiz gelungen. Überzeugend schafft sie es, die langjährigen und sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs intensivierenden Versicherungsdebatten nachzuzeichnen und in einen internationalen Kontext einzuordnen. Dadurch werden nicht nur die sich verändernden politischen Konstellationen und harten Interessenkonflikte sichtbar, die für die langsame Sozialstaatsentwicklung in der Schweiz verantwortlich sind. Auch wird deutlich, wie eng die Einführung und Ausgestaltung der IV mit den sozialpolitischen Debatten um den Ausbau der AHV und die Finanzierung der EO zusammenhing.

Zu kritisieren bleibt zum Schluss ein Punkt, der im Übrigen für die gesamte Sozialstaatsgeschichte gilt. Weder in Frachebourds Studie noch in vielen anderen Arbeiten zum Sozialstaat kommen die Betroffenen vor. Einmal mehr wird damit eine (Vor-)Geschichte eines sozialen Sicherungssystems ohne die Menschen erzählt, die bis 1960 unter der sozialen Unsicherheit litten und danach von der IV profitieren (oder eben auch nicht). Es wäre zu begrüssen, wenn die historische Forschung sich in Zukunft stärker mit den geschlechts- und schichtspezifischen Lebensrealitäten von Risikogruppen vor und vor allem nach der Einführung sozialstaatlicher Einrichtungen auseinandersetzen würde. Nur so kann sie dazu beitragen, die Fortschrittserzählung zu differenzieren, welche den sozialpolitischen Debatten so eigen ist und welche die Sozialstaatsgeschichte nicht selten mitträgt.

Matthias Ruoss, Bern

Tobias Senn, **Hochkonjunktur, «Überfremdung» und Föderalismus. Kantonalisierte Schweizer Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel Basel-Landschaft 1945–1975,** Zürich: Chronos Verlag, 2016, 532 Seiten.

Die Schweizer Ausländerpolitik wurde seit der Gründung der Eidgenössischen Fremdenpolizei 1917 in ihren grossen Linien vom Bund bestimmt. Allerdings blieb den Kantonen als ausführenden Organen ein beträchtlicher Spiel- und Mitbestimmungsraum. Obwohl in praktisch allen Untersuchungen zur Schweizer Migrationsgeschichte auf die Bedeutung des kantonalen Vollzugs hingewiesen wird, fehlte bis anhin eine Studie zu dieser Thematik. Die Dissertation von Tobias Senn schliesst diese Lücke.

Senn siedelt seine Untersuchung im Zeitraum von 1945 bis 1975 an. In diesen Jahren erlebte die Schweiz eine Phase der Hochkonjunktur und die boomende Wirtschaft war in hohem Masse auf die Arbeitskraft von Ausländerinnen und Ausländern angewiesen. Senn untersucht am Beispiel des Kantons Basel-Landschaft, dem Kanton mit der stärksten Industrialisierung und Bevölkerungszunahme ab 1945, die Rolle und den Einfluss der Kantone bei der Entwicklung und dem Vollzug der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik in der Nachkriegszeit. Als Methode wählt er einen «akteurszentrierten Systemansatz», womit er den Fokus auf das System der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik und die in diesem System bestimmenden Akteure wie beispielsweise das Arbeitsamt und die Fremdenpolizei legt (S. 466). Als Quellengrundlage dienen Senn Akten der betreffenden Institutionen und Akteure aus dem Staatsarchiv Basel-Landschaft und dem Bundesarchiv Bern. Als wichtigsten Bestand nennt er die umfangreiche Aktensammlung des kantonalen Arbeitsamtes Baselland.

Senn formuliert zu Beginn seiner Untersuchung vier Phasen der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik 1945–1975: die zweite Hälfte der 1940er Jahre (1945–1948), die «langen» 1950er Jahre (1948–1964), die 1960er Jahre (1964–1970) sowie die kurzen 1970er Jahre (1970–1975). Ausserdem gibt er in Kapitel drei einen umfassenden Überblick über die Strukturen und Akteure des Vollzugsföderalismus der Schweizer Arbeitsmigrationspo-

litik. Das Hauptkapitel zum kantonalen Vollzug der Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel Basel-Landschaft ist chronologisch nach den oben erwähnten Phasen gegliedert. Senn zeigt, dass sich in den 1940er Jahren ein dezentral organisiertes System, welches die Zulassung von ausländischen Arbeitskräften in die Kompetenz der Kantone legte, etablierte. Dieses System wurde 1948 in der Teilrevision des «Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer» (ANAG) gesetzlich verankert. Im Kanton Basel-Landschaft nahm die Bedeutung des Arbeitsamtes gegenüber der Fremdenpolizei in diesen Jahren stark zu, insbesondere nachdem es 1948 zur federführenden Instanz bei der Zulassung von ausländischen Arbeitskräften erhoben worden war. In den 1950er Jahren festigte sich der bestimmende Einfluss der Kantone in der vollzugsföderalistischen Praxis. Senn spricht von den wirtschaftlich «goldenen» und migrationspolitisch «langen» 1950er Jahren, die von einer liberalen Zulassungspolitik geprägt waren (S. 32). Er zeigt in diesem Zusammenhang auf, dass sich der Vorsteher des Arbeitsamtes Baselland, Adolf Ballmer, in diesen Jahren zum wichtigsten Entscheidungsträger der Arbeitsmarktpolitik des Kantons entwickelte und seinen Einfluss auch auf Bundesebene geltend machte. In den 1960er Jahren versuchte der Bund das System der Arbeitsmigrationspolitik zu reformieren, mit dem Ziel, mehr zentralstaatliche Kontrolle zu erlangen und eine gesamtschweizerisch einheitliche Zulassungs- und Aufenthaltspolitik durchzusetzen. Es kam zu ersten Versuchen einer Plafonierungspolitik, die den Zuzug von Ausländerinnen und Ausländern begrenzen sollte. In diesen Jahren entwickelte sich der Kanton Basel-Landschaft zu einem Vorreiter bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern. Senn zufolge bildete Baselland die «kantonale Speerspitze» des gemeinsam mit den Bundesbehörden vollzogenen migrationspolitischen Wandels vom «Rotations-» zum Niederlassungsprinzip (S. 330 f.). Vor dem Hintergrund der drohenden Abstimmung über die Schwarzenbach-Initiative erliess der Bundesrat im März 1970 dann die «Verordnung über die Begrenzung der Zahl von Ausländern» (BVO). Diese stand ganz im Zeichen der Überfremdungsangst und bezweckte ein «ausgewogenes Verhältnis» zwischen der schweizerischen und der ausländischen Wohnbevölkerung. Auf deren Grundlage entwickelte der Bund eine interventionistische «Stabilisierungspolitik». Der Kanton Basel-Landschaft stand dieser Politik ablehnend gegenüber, da er auf die föderalistische Selbstständigkeit pochte und der lokalen Wirtschaft die grösstmögliche Entscheidungsfreiheit garantieren wollte. Allerdings funktionierte die Angst vor einer «Überfremdung» der Schweiz in der Nachkriegszeit laut Autor generell als einigende Klammer der in die Arbeitsmigrationspolitik involvierten Behörden.

Senn gelingt es in seiner Studie, die aktive Rolle der Schweizer Kantone bei der Ausgestaltung der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik am Beispiel des Kantons Basel-Landschaft und seinen wichtigsten Akteuren überzeugend darzulegen. Er macht deutlich, dass die Arbeitsmigrationspolitik und insbesondere die Vollzugspraxis in den Jahren 1945 bis 1975 in direkter Zusammenarbeit zwischen Spitzenbeamten des Bundes und der Kantone entwickelt wurde. Senns Studie bietet eine äusserst reiche und genaue Beschreibung des

Systems des Vollzugsföderalismus in der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik der Nachkriegszeit und füllt somit die eingangs erwähnte Lücke in der Schweizer Migrationsforschung. Aufgrund der Detailtreue ist die Untersuchung allerdings sehr umfangreich geworden, so dass die wichtigen Ausführungen zur Theorie und Methode in den Anhang ausgegliedert wurden. Der Studie hätte etwas mehr «Kürze» an gewissen Stellen gut getan, ohne dass sie an Substanz verloren hätte. Ihr grosser Mehrwert ist aber, dass sie Licht in das komplexe und vielschichtige System des kantonalen Vollzugsföderalismus der Schweizer Arbeitsmigrationspolitik bringt und eine wertvolle Grundlage für weitergehende Forschungsbemühungen in diesem Bereich legt.

Anja Huber, Universität Bern

Carole Villiger, **Usages de la violence en politique (1950–2000)**, Préface de Michel Wieviorka, Lausanne: Antipodes, 2017 (Collection Histoire), 295 pages.

En se fondant sur un tour d'horizon des phénomènes de violence à but politique en Suisse, Carole Villiger se propose de questionner le mythe d'un pays bucolique dans l'après-guerre. L'ouvrage qui se base sur sa thèse de doctorat défendue à l'Université de Lausanne entend analyser l'importance de la violence comme forme de revendication politique dans un pays officiel et apparemment «épargné» par la violence. L'angle d'approche s'articule autour de deux axes: d'un côté, fonction et signification de la violence, de l'autre, perception et interprétation que l'État fait de cette violence. À cette fin, l'auteure recourt à un corpus de sources vaste et hétérogène comprenant les fonds des *Archives Fédérales Suisses*, des *Sozialarchiv* zurichois, du *Hamburger Institut für Sozialforschung*, la presse suisse et même l'histoire orale grâce à un nombre considérable d'entretiens avec des témoins comme Claudia Bislin, Gaston-Armand Amaudruz et Dick Marty, entre autres. Chacun des cinq chapitres se termine par une conclusion concise. Villiger traite d'abord la violence dans la lutte entre les séparatistes et les anti-séparatistes jurassiens, antagonisme articulé autour de groupes comme le Front de libération du Jura, le Rassemblement jurassien, le groupe Bélier et le groupe Sanglier, sans oublier la bienveillance des autorités bernoises et fédérales envers les anti-séparatistes. Le deuxième chapitre est consacré à l'extrême gauche suisse, englobant les mouvements et les militants anarchistes, communards, autonomes et antinucléaires. Si la société et les médias montrèrent de la bienveillance envers le groupe anarchiste *Ravachol* qui au début des années soixante lança des cocktails Molotov contre la façade du Consulat espagnol à Genève, la violence des années 1970 poussa les autorités policières et judiciaires suisses à répondre à la recrudescence de la violence en introduisant le terme de «terroriste» dans leur taxonomie. Puis, vient le tour des mouvements de l'extrême droite, illustrés par les *skinheads* et d'autres groupes racistes des années 1980 – phénomènes présents surtout dans la Suisse alémanique –, sans oublier le climat d'hostilité envers les étrangers depuis les années 1960 et le mouvement autour de James Schwarzenbach, ni le rôle du négationniste Amaudruz. L'auteure consacre le quatrième chapitre au soutien suisse aux

mouvements radicaux étrangers comme la *Rote Armee Fraktion* ou les *Brigate Rosse*, mais aussi à l'extrême droite. Ces engagements englobaient des pratiques qui allaient de la mobilisation contre les conditions d'incarcération jusqu'au recel d'armes. La Suisse fut aussi un carrefour important pour les mouvements de libération et d'indépendance dans le contexte de la décolonisation. Villiger se centre sur les cas de l'Algérie, de l'Arménie et de la Palestine. Le soutien aux organisations arabes (FLN, FPLP) attira dans ces filets des militants d'extrême droite (François Genoud) et d'extrême gauche (Bruno Bréguet).

Bien que Villiger renonce à fournir une définition précise des termes «violence» ou «terrorisme», elle envisage non seulement la violence physique d'un attentat mais aussi la violence verbale de l'extrême droite, la violence invisible d'un État en proie à une paranoïa anticommuniste et celle qui stigmatise les ex-militants qui, après leur peine de prison, cherchent à se réinsérer dans la société. La structure intelligente et intelligible est cependant parfois troublée par les nombreuses parenthèses dans le fil du texte, contenant des notes biographiques ou sur des organisations, qui empêchent une lecture continuelle. L'usage de l'histoire orale qui permet de compenser les documents (toujours) inaccessibles mais aussi d'oser une histoire plus subjective et plus vive est sans nul doute un enrichissement dans cet ouvrage. Toutefois, en recourant parfois à un contraste avec la presse, l'auteure prive l'histoire orale de son valeur. En revanche, le style plutôt journalistique et audacieux rend ce texte accessible pour tout public. D'ailleurs, il s'agit d'un livre essentiellement empirique, les aspects théoriques tenant une place mineure. Cela n'est pas forcément un désavantage si on considère la quantité exorbitante d'œuvres consacrées au sujet de la violence politique. Néanmoins, le rôle des émotions auquel Villiger attribue une certaine importance n'est traité que d'une manière très périphérique et superficielle, sans profiter des avantages de l'histoire orale, heuristiques désormais établies dans l'histoire, et sans considérer des ouvrages pertinents, par exemple, sur la peur ou la nostalgie. Parfois on constate une incohérence dans l'argumentation. Dans ce contexte, l'analogie faite entre la critique du procès de Nuremberg de la part d'Amaudruz et la défense de *skinheads* dans un procès judiciaire par leur avocat Pascal Junod ne convainc pas vraiment. En outre, la cohérence entre la mort du néonazi Frank Schubert en 1980 et l'attaque d'un Malien par un groupe de skinheads en 1997 semble tirée par les cheveux pour parler de «réseaux» des groupes d'extrême droite suisses avec des homologues étrangers. D'ailleurs, aucune mention du volume *Schweizer Terrorjahre* de Marcel Gyr, paru en janvier 2016, sur un entretien secret au début des années 1970 entre des représentants du gouvernement helvétique et des membres l'Organisation de libération de la Palestine, ni du «petit éclat» parmi les historiens suisses n'est faite.

En somme, l'ouvrage de Carole Villiger prouve sans aucun doute que la Suisse ne fut aucunement un *Sonderfall* par rapport au terrorisme et à la violence politique. Ainsi, l'auteure rend justice à la complexité d'un sujet incontestablement actuel et, dans le cas suisse, paradoxalement peu étudié. Pour cette raison, elle incite à vouloir en savoir plus.

Moisés Prieto, Humboldt-Universität zu Berlin

Philipp Eigenmann, **Migration macht Schule. Bildung und Berufsqualifikation von und für Italienerinnen und Italiener in Zürich, 1960–1980,** Zürich: Chronos-Verlag, 2017 (Historische Bildungsforschung, Band 3), 328 Seiten, 20 Abbildungen.

Im April 2017 verstarb mit Leonardo Zanier einer der zentralen Figuren migrantischer Bildungsarbeit in der Schweiz. Als Mitglied der italienischen Emigrantenorganisation *Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera* (FCLIS) prägte er nicht nur deren Bildungsarbeit seit den 1960er Jahren massgeblich mit. Er setzte sich darüber hinaus in unterschiedlichsten Kontexten mit grossem Engagement für die Integration italienischer Einwanderer und die Förderung demokratischer Teilhabe in der Schweiz ein. Dass Zaniers Tod den grossen Schweizer Medien keine Notiz Wert war, unterstreicht die Relevanz der Dissertation, die Philipp Eigenmann am Institut für Erziehungswissenschaften der Universität Zürich 2016 vorgelegt und 2017 in überarbeiteter Form publiziert hat.

Der Autor setzt sich in seiner Studie, die er zwischen historischer Bildungs- und Migrationsforschung verortet, mit der Vielfalt an Bildungsangeboten auseinander, die italienische Emigrantenorganisationen seit den 1960er Jahren in der Schweiz entwickelten: berufliche Qualifizierung, Sprachkurse, allgemeine Erwachsenen- und Gewerkschaftsbildung, Informationsangebote für Eltern, ausserschulische Betreuung, psychologische Unterstützung und «Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur» für italienische Kinder. Mit Elternkomitees und anderen Partizipationsangeboten versuchten die Emigrantenorganisationen zudem gesellschaftliche Partizipation zu fördern, obwohl ihnen politische Mitsprache verwehrt war.

Dabei werden die Migranten nicht einfach als Objekte pädagogischer beziehungsweise staatlicher Zugriffe verstanden. Im Sinne des *state of the art* der historischen Migrationsforschung nimmt Eigenmann Emigrantenorganisationen vielmehr als «eigensinnige» Akteure in gesellschaftlichen Aushandlungs- und Demokratisierungsprozessen in den Blick und er situiert sie im transnationalen Spannungsfeld von Arbeitsmigration nach dem Zweiten Weltkrieg, Bildungsexpansion ab den 1960er Jahren und staatlichem Handeln.[8] Die Studie konzentriert sich dabei auf die drei grossen Akteure: die *Ente Nazionale ACLI Istruzione Professionale* (ENAIP), die eng mit der Assoziation christlicher Arbeiter und der katholischen Mission verbunden war, die daraus hervorgegangene *Scuola Professionale Emigrati* (SPE) sowie die der FLCIS nahestehende linksgerichtete *Ente Confederale Addestramento Professionale* (ECAP). Dank der guten Dokumentation in den Organisationsarchiven kann der konzeptuelle Anspruch empirisch umgesetzt werden, mit einem lokalen Fokus auf Zürich.

8 Damir Skenderovic, Vom Gegenstand zum Akteur. Perspektivenwechsel in der Migrationsgeschichte der Schweiz, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 65/1 (2015), S. 1–14.

Die Arbeit besteht aus zwei Hauptteilen: Die Kapitel 2 bis 4 setzen sich mit der Entwicklung, Etablierung und Diversifizierung von Angeboten der Berufsqualifizierung und Erwachsenenbildung sowie bildungs- und gewerkschaftspolitischen Initiativen auseinander. Das Verhältnis der drei untersuchten Organisationen oszillierte dabei zwischen Kooperation und Konkurrenz. Die Kapitel 5 bis 7 richten den Fokus auf Bildungsangebote für die Kinder der italienischen Arbeitskräfte, die insbesondere auf lokaler Ebene verankert werden konnten. Das Abkommen zwischen Italien und der Schweiz von 1964 markierte hier einen zentralen Wendepunkt. Fortan bewegte sich die migrantische Bildungsarbeit in der Schweiz zunehmend im Spannungsfeld der «zwei Zukünfte»: baldige Rückkehr oder permanente Niederlassung. Katholische und linksgerichtete Akteure positionierten sich im «Kalten Schulkrieg» hierbei durchaus unterschiedlich. Am Beispiel der ECAP verdeutlicht Eigenmann zudem den Spagat, der notwendig war, um sowohl den italienischen als auch deutschsprachigen Bezugskontext programmatisch anzusprechen: in dem Fall mit Klassenkampf-Rhetorik einerseits und einem Diskurs der Chancengleichheit andererseits.

Eigenmanns Studie leistet einen bedeutsamen Beitrag zur Schweizer Migrations- und Bildungsgeschichte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die Darstellung wurde in wohltuender Weise nicht als Geschichte der erfolgreichen/gescheiterten Integration einer Einwanderergruppe aufgegleist, ebenso wenig wird die Bildungsarbeit als migrantischer Kampf gegen die diskriminierende Dominanzgesellschaft oder als diasporische Überwindung des Nationalstaats überhöht. Dem Autor gelingt es insbesondere, die soziale, kulturelle und politische Heterogenität der involvierten Akteure und Interessen darzustellen, die sonst allzu häufig durch die ethnische Brille aus dem Blick gerät. Man würde sich definitiv mehr solch kluge Fallstudien wünschen. Gleichwohl hätte die Studie gewonnen, wenn sie stärker in die Textur der Schweizer Geschichte eingewoben worden wäre, etwa durch eine parallele Studie zu «nicht-migrantischer» Bildungsarbeit. Durch den exklusiven Fokus auf Emigrantenorganisationen wird nolens volens eine «migrantologische» Perspektive reproduziert,[9] die Migration auf ein Thema «der Anderen» reduziert und so aus der eigentlichen Geschichte der Schweiz herausverlagert. Symptomatisch ist die durchgehende Kategorisierung der Akteure als «Migranten» – ein Begriff, der, wie die Studie aufzeigt, an deren Selbstverständnis vorbeigeht. Im Schlusswort deutet der Autor die Möglichkeit an, dieser grundsätzlichen Herausforderung durch eine (Selbst)Histori-

9 Manuela Bojadzijev und Regina Römhild, Was kommt nach dem «transnational turn»? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung, in: Labor Migration (Hg.), Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung, Berlin 2014, S. 10–24.

sierung der Migrationsforschung zu begegnen.[10] Dazu hätte die Studie jedoch den Kreis zur Genealogie der interkulturellen Pädagogik schliessen müssen, anstatt bei einer «Vorgeschichte» stehen zu bleiben. Alles in allem hat Eigenmann einen wichtigen Beitrag zur Geschichte migrantischer Bildungsarbeit vorgelegt, der zudem das Erbe prägender Figuren wie Leonardo Zanier angemessen kritisch würdigt.

Kijan Espahangizi, Zürich

Koni Weber, **Umstrittene Repräsentation der Schweiz. Soziologie, Politik und Kunst bei der Landesausstellung 1964,** Tübingen: Mohr Siebeck, 2014 (Historische Wissensforschung, Bd. 1), 364 Seiten, 12 Abbildungen.

Natürlich kann bei einer Landesausstellung einiges schief gehen. Der Kostenplan mag daneben liegen; es mag zu wenige Parkplätze geben; Ideen für die Nachnutzung mögen sich als unbrauchbar herausstellen. Wer sich solche Probleme einhandelt, blamiert sich vor den Augen der Welt. Das sollte bei einer Landesausstellung zwar nicht passieren, exponiert aber nur Schwächen in Sachen *technischer Expertise.* Koni Weber dokumentiert, wie sich die Schweiz anlässlich ihrer Landesausstellung 1964 in anderer Hinsicht und wohl viel gründlicher blamiert hat. Seine Geschichte gipfelt in einem Medienskandal um die Repräsentation der Schweiz und berührt die Geschichte *sozialwissenschaftlicher Expertise.* Zugleich bedient sich der Autor selbst einer sozialwissenschaftlichen Argumentationsweise: Statt die Blamage einem besonders bornierten Delegierten des Bundesrats, allzu zaghaften soziologischen Gutachtern, einem ausnehmend eitlen künstlerischen Leiter oder der Summe ihrer individuellen Fehlleistungen zuzurechnen, sieht er strukturelle Effekte am Werk. Eine Kaskade von Ereignissen lasse sich mit Gewinn rekonstruieren, wenn dafür die Eigenlogiken des sozialwissenschaftlichen, des politischen und des künstlerischen Feldes in Rechnung gestellt werden (S. 316).

Weber arbeitet mit Quellen, die relativ leicht zugänglich sind. Insofern ist er zunächst Nutzniesser einer Kontroverse, die umfängliche Materialbestände hervorgebracht hat. Zugleich weiss er diese Quellenlage in einer Weise zu nutzen, die durch seine Aufmerksamkeit für die kulturellen Logiken der genannten Felder geschult ist. In diesem Sinn verfolgt seine historiografische Rekonstruktion «umstrittene[r] Repräsentation[en]» eine kulturalistische Orientierung. Ihr Fokus auf die Kontroverse sorgt dafür, dass die Erfindung nationaler Tradition und die Vergewisserung nationaler Gegenwart nicht in einen geschlossenen Diskurs verlegt, sondern in Verhandlungskonstellationen zwischen Politik, Kunst und Sozialwissenschaften verortet wird. Man braucht nicht unbedingt die Schweiz und das Jahr 1964, um sich zu vergegenwärtigen, dass im Zusammenspiel der genannten Felder keine konvergierende Repräsentation (nationaler Identität) zustande

10 Janine Dahinden, A Plea for the «De-Migranticization» of Research on Migration and Integration, in: Ethnic and Racial Studies 39/13 (2016), S. 1–19.

kommt. Vieles an diesem bisweilen provinziell und rückständig anmutenden Fall liest sich wie eine Experimentalanordnung: Das macht ihn zu einem Exemplar kulturalistisch gewendeter Geschichtsschreibung (S. 12–17), bereichert die wissenschaftshistorische Reflexion der Sozialwissenschaften (S. 17–21) und ihrer konstitutiven Praxisbezüge (S. 25–27).

Genau genommen ist der Gegenstand von Webers Untersuchung nur ein Teil der Landesausstellung: ein demoskopisches Experiment, das dann kurzfristig abgesagt werden musste. Übrig blieben von dem geplanten Experiment nur Teile seiner Inszenierung, in Gestalt des Riesen Gulliver, der sich im Rahmen einer (an Gallup-Methoden orientierten) Vorstudie wie ein reisender Ethnologe Aufschluss über «einen Tag in der Schweiz» verschafft hatte. Die Besucherinnen und Besucher der so benannten Teilausstellung wurden entlang eines Rundgangs mit den ethnografischen Berichten und Fundstücken dieser Kunstfigur konfrontiert und zur Teilnahme an einer extensiven Befragung eingeladen. Der experimentelle Anteil des Gulliver-Spiels wurde jedoch unter politischem Druck (Hans Giger für den Bundesrat) und auf Grundlage zweier ad hoc angeforderter soziologischer Gutachten (Jürg Steiner, Urs Jaeggi), die den wissenschaftlichen Charakter dieser Befragung bezweifelten, abgesetzt: Die Festivalleitung rückte von dem Vorhaben ab, die Umfrageergebnisse mit jenen der Vorstudie abzugleichen und über eine grossflächige Anzeigetafel laufend zu aktualisieren (S. 228). Zugleich strich sie Fragen, die als politisch heikel gelten mussten (u.a. zu Themen wie Abtreibung, Kriegsdienstverweigerung und EWG-Beitritt) (S. 201 ff.).

Seit sich Meinungsforschung in grossem Massstab auch in der Schweiz etablieren konnte, mutet die Aufregung um diese Eingriffe befremdlich an. Was inzwischen ein etabliertes Kerngeschäft sozialwissenschaftlicher Forschungspraxis geworden ist, geschah hier im Spannungsfeld widerstrebender Vorstellungen valider Repräsentation. Die Befürworter politischer Interventionen sahen im Gulliver-Experiment kein Spiel, sondern eine illegitime Verbindung aus einem unautorisierten Plebiszit und wissenschaftlich fragwürdigen Methoden. Unter anderem wurde moniert, dass die öffentlich angezeigte Meinung durch mehrfache Teilnahme an der Umfrage manipuliert werden konnte. Die schärfsten Kritiker an den Interventionen monierten einen Verrat an einer neuen, wahrhaft pluralistischen und dauerhaft deliberativen Form demokratischer Öffentlichkeit, die im Moment ihrer Befreiung von elitärer Bevormundung sogleich wieder eingehegt worden sei (S. 252–258). Weber registriert diese Kritik, die zwei Monate nach Eröffnung der Landesausstellung über die Tagespresse ging, mit Sorgfalt, verlässt dann aber unvermittelt den Kontext dieser Auseinandersetzung. Statt um die wissenschaftlichen, politischen und künstlerischen Anteile an einem in-situ-Experiment mit technisierter Demokratie geht es im Folgenden um das Schicksal der in grosser Zahl beantworteten Fragebögen (diesen bleibt nach einem negativen Bescheid durch den Schweizerischen Nationalfonds eine Auswer-

tung versagt; S. 275–279) und der Vorstudie (diese wird über Vermittlung seines Vorgesetzten, Pierre Bourdieu, in Paris von Luc Boltanski bearbeitet; S. 279–308).[11]

Eine Affäre um die kollektive Selbstdarstellung, die bis dahin minutiös als ein wildes Experiment geschildert wurde, wird darüber schlagartig neutralisiert. Weber schildert zwar anschaulich und akkurat die praktischen Umstände, unter denen das Material nun weiter bearbeitet wurde. Er beweist in diesen Passagen einen Blick für das Handwerk quantitativer Sozialforschung. Aber es geht nun einfach nicht mehr um ein Experiment zum «Alltag in der Schweiz» unter sozialwissenschaftlicher Beteiligung, sondern um Routinen im Forschungsalltag einer nachgelagerten Auswertung. Indem er Boltanski (1966) bei seiner Interpretation nicht nur «in einen neuen Kontext» folgt (S. 242), sondern beipflichtet, riskiert Weber die konzeptuelle Anlage seiner Arbeit. Er widerspricht den Befürwortern des abgebrochenen Experiments, die darin, sei es in Gestalt einer prekären und für Kritik anfälligen Kombination wissenschaftlicher und künstlerischer Elemente, eine Chance erkannten, das Niveau deliberativer Partizipation zu steigern. Mit Boltanski (1966) wendet er dagegen ein, dass ein solches Versprechen gar nicht eingelöst werden könnte. Es wäre zum Scheitern verurteilt, weil die Mitspielkompetenz nicht gleichmässig verteilt, sondern auf eine bildungsaffine Mittelschicht zugeschnitten sei. Für Angehörige anderer Klassenlagen eröffne sich mit der Befragung keineswegs eine spielerische Gesprächssituation. Vielmehr drohe ihnen ein symbolischer Ausschluss. Demnach hat sich beim Experimentieren mit einer neuen Praxis der Repräsentation nationaler Identität ein gravierender methodologischer Fehler eingeschlichen. Entgegen der Annahme, dass den Befragten ein neutrales Untersuchungsinstrument vorliege, sei davon auszugehen, dass dieses Experiment Klassenlagen und ihre Gegensätze leugne (S. 293–299). Auch in den Augen des Verfassers wurde das Experiment insofern *zurecht* abgebrochen. Weber bekräftigt dies, indem er seine Erzählung an dieser Stelle enden lässt. Möchte man den hier rekonstruierten Fall pars pro toto als eine Parabel lesen, dann sieht man also die

11 Luc Boltanski, Le bonheur suisse d'après une enquête réalisée par Isac Chiva, Ariane Deluz, Nathalie Stern, Paris 1966. Weber urteilt positiv über diesen Umweg. Die Bearbeitung jenseits der Landesgrenzen habe, befreit von den Zwängen des Identitätsdiskurses, eine professionelle sozialwissenschaftliche Auswertung ermöglicht. Der Einfluss des Buchs lässt sich u.a. daran ermessen, dass sein Titel kurz darauf (etwas modifiziert) im Kontext der Auseinandersetzung um Verflechtungen mit der Nazi-Diktatur aufgetaucht ist (Jean-Baptiste Mauroux, Du bonheur d'être suisse sous Hitler, Lausanne 1997/1968). Für eine in ihrer Anlage der vorliegenden verwandte Analyse umstrittener Repräsentationen der Schweiz in diesem Kontext, vgl. Cédric Terzi, «Qu'avez-vous fait avec l'argent des Juifs?» Problématisation et publicisation de la question «des fonds juifs de l'or nazi» par la presse suisse, 1995–1998, Thèse présentée à la Faculté des sciences économiques et sociales de l'Université de Fribourg (Suisse) 2005.

rasche Normalisierung einer Disziplin am Werk, die in den frühen Tagen ihrer Expansion mehr mit starken exogenen Kräften des politischen und des künstlerischen Feldes zu tun hatte, als es später bereinigte disziplinäre Selbstbeschreibungen wahrhaben möchten. Je verbindlicher aber diese Festlegung, desto schwerer dürfte es fallen, gegen die normalisierenden Kräfte Überlagerungen und Umbrüche in der sozialwissenschaftlichen Forschungspraxis offenzulegen.[12]

Erst folgt Weber bis in die Details einer erhitzten Diskussion zwischen Repräsentanten der politischen Elite, Theaterleuten und einigen Soziologen aus dem In- und Ausland. Nun soll die ganze Kontroverse gegenstandslos sein? Kommt es am Ende doch nicht auf die Analyse heterogener Wissensbestände an? Wird hier ein kulturalistisch gestartetes Projekt von einer marxistisch grundierten, also typisch sozialhistorischen Einsicht eingeholt? Bleiben kultur- und sozialgeschichtliche Standards unvermittelt nebeneinander stehen? In dieser Hinsicht lässt das Buch Fragezeichen zurück.[13] Zwischenzeitlich aber zieht die vorliegende Arbeit die Geschichtswissenschaft von den zuletzt genannten und eher vertrauten Auseinandersetzungen auf wenig gesichertes Terrain. Nationale Identität wird gewissermassen in einem Niemandsland verhandelt. Dieser Zwischenraum, vorübergehend von niemandem besetzt, institutionell über- und unterbestimmt, bietet das Milieu für eine Versuchsanordnung, die Weber unter Berufung auf die Laborstudien als einen Prozess der Heterogenese beschreibt. Wie der Autor selbst festhält, trifft diese (Labor-) Perspektive keine Vorauswahl zugunsten erfolgreicher Fälle (S. 26). In der Tat scheitert der Versuch, nationale Identität unter Mitwirkung der Meinungsforschung und in spielerischer Form neu auszuhandeln, auf blamable Weise. Das gibt auch der soziologiehistorisch interessierten Forschung einen Impuls, der über den helvetischen Fall (selten, aber

12 Vgl. etwa Dominique Boullier (2017): Big Data Challenges for the Social Sciences: From Society and Opinion to Replications, in: Franck Cochoy, Johan Hagberg, Magdalena Petersson McIntyre, Niklas Sörum (Hg.), Digitalizing Consumption. Tracing How Devices Shape Consumer Culture, London 2017, S. 20–41.

13 Weiterhin trägt zur Verwirrung bei, dass sich Boltanski, hier Gewährsmann für ein abrupt ideologiekritisches Fazit, von dieser Position in der Folge besonders konsequent abgewendet hat: (Ideologie-)Kritik sei nicht der soziologischen Deutung vorbehalten, sondern als alltägliches Element sozialer Ordnungsbildung zu untersuchen. Gestützt auf eine Überblicksdarstellung referiert Weber diese später von Boltanski programmatisch vertretene Position (S. 287), ohne jedoch auf die Kehrtwendung aufmerksam zu machen, die sich aus der Beschäftigung mit alltäglichen und wissenschaftlichen Zuordnungen zu Kategorien ergab. Vgl. dazu Luc Boltanski, Laurent Thévenot, Über die Rechtfertigung. Eine Soziologie kritischer Urteilskraft, Hamburg 2007; dies., Finding One's Way in Social Space. A Study Based on Games, in: Social Science Information 22, 4/5 (1983), S. 631–680.

wenn, dann, bis zuletzt, als Sonderfall betrachtet[14]) hinausreicht. Im Verbund mit sozialwissenschaftlicher Expertise schickt sich ein Apparat zur Speicherung und Aufbereitung von Daten (IBM) an, die Bühne zu betreten. Sieht man einmal davon ab, dass dies eine ungewöhnlich grosse Bühne ist und dass hier das nationale Selbstverständnis zur Neuaushandlung gebracht werden soll, bleibt festzuhalten, dass dieser Apparat seinerseits technische Fertigkeiten erforderlich macht. Insofern sind bei dieser Experimentalanordnung auch Technik und technische Expertise im Spiel. Wir können also aus Webers Rekonstruktion lernen, dass sich sozialwissenschaftliche Expertise nicht (als Idee) in Abgrenzung zu technischer Expertise und auch nicht nach ihrem Vorbild (als Sozialtechnologie) entwickelt. Vielmehr tritt sie in ein ungeklärtes Verhältnis der Ko-Evolution mit technischer Expertise. Daraus ergibt sich die historiografische Herausforderung, den Status dieses und anderer Experimente weiter zu klären. So sehr wir uns an Blamagen und Medienskandale gewöhnt haben, bieten solche Situationen, diesseits von Schadenfreude und Besserwisserei, heuristische Vorteile.

Jörg Potthast, Universität Siegen

14 Für einen aktuellen Überblick, vgl. Thomas Eberle, Niklaus Reichle, Soziologie in der Schweiz seit 1945, in: Stephan Moebius, Andrea Ploder (Hg.), Handbuch Geschichte der deutschsprachigen Soziologie, Wiesbaden (2018/online first), S. 1–38.